



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

DIE EURASISCHE UNION

■ ANALYSE		
Eurasische Wirtschaftsintegration: Möglichkeiten und Probleme		2
Elena Kuzmina, Moskau		
■ ANALYSE		
Wiedervereinigt wider Willen		
Mit Druck und Finanzhilfen integriert Russland die ehemaligen Sowjetrepubliken		6
Susanne Spahn, Berlin		
■ STATISTIK		
Der Außenhandel von Russland, Kasachstan und Belarus		10
■ UMFragen		
Die Eurasische Wirtschaftsunion in russischen Umfragen		14
Russland und die Welt in der Zeit der russisch-ukrainischen Krise		16
<hr/>		
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
Das Ende des »Systems«?		20
<hr/>		
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Russland und China – eine besondere Freundschaft		21
Jens Siegert, Moskau		
<hr/>		
■ CHRONIK		
25. September – 9. Oktober 2014		24



Eurasische Wirtschaftsintegration: Möglichkeiten und Probleme

Elena Kuzmina, Moskau

Zusammenfassung

Die wirtschaftliche Integration von Russland, Kasachstan und Belarus ist von großer Bedeutung für die Modernisierung der Volkswirtschaften dieser Länder und für ihren Beitrag zu einer effektiveren Zusammenarbeit im Rahmen der globalen Wirtschaft. Im Mai 2014 haben diese Länder einen Vertrag über die Schaffung der Eurasischen Wirtschaftsunion unterzeichnet. Im vorliegenden Beitrag soll der Weg zu dieser Union analysiert werden, ebenso wie die Probleme und positiven Veränderungen in der Zollunion und im Einheitlichen Wirtschaftsraum, den Anfangsetappen beim Entstehen dieses Wirtschaftszusammenschlusses.

Am Anfang stand die Zollunion ...

Der neue Versuch zur Integrierung des postsowjetischen (eurasischen) Raumes begann mit der Schaffung der Zollunion im Jahr 2010. Das Projekt war allerdings sofort auf eine konsequente Vertiefung der Integration bei konstruktiver wirtschaftspolitischer Abstimmung ausgelegt. Die herrschenden Eliten in Russland, Belarus und Kasachstan haben den Aufbau einer Zollunion unter komplizierten internationalen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen begonnen, als sich die Konfiguration des postsowjetischen Raumes kardinal änderte und eine weltweite Wirtschaftskrise herrschte. Wichtigste Gründe für den Start der Integrationsprozesse waren die ergebnislosen Versuche der Mitgliedsstaaten, effektiv und selbständig in das System weltwirtschaftlicher Beziehungen einzutreten, die Erkenntnis über die geringe Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Fertigprodukte auf den Weltmärkten und die Bedeutung intraregionaler Absatzmärkte für Fertigprodukte bei einer Modernisierung der Volkswirtschaften. Ebenso war auch die Erhebliche Verflechtung der drei Volkswirtschaften wirksam, was während der Krise deutlich zum Vorschein trat.

Die Zollunion von Russland Belarus und Kasachstan hat während ihres Bestehens eine einheitliche Zollpolitik gebildet, ein gemeinsames Regulierungssystem in den Bereichen Zölle und Tarife, tarifferer Verkehr und Zollverwaltung an den Außengrenzen der Zollunion sowie ein gemeinsames System von phytosanitären und Veterinärvorschriften. Im Jahr 2011, dem ersten vollen Jahr, in dem die Zollunion in Kraft war, ist es gelungen den Handel zwischen den Mitgliedsstaaten um 33,9% auszubauen. 2012 ist dieses Wachstum auf 8,7% zurückgegangen, doch lag es über dem Doppelten der Handelszuwächse mit Drittländern (3,2%). Es ist nicht gelungen, auch 2013 ein Wachstum zu erreichen: Das Handelsvolumen zwischen den Mitgliedsstaaten der Zollunion ging um 5,5% zurück, während sich der Handel mit Drittländern lediglich um 0,4% verringerte.

Handelseffekte – Gewinner Belarus

2010–2011 konnte Belarus die stärksten Handelseffekte verzeichnen. Das ist auf die Spezifik der Lieferungen fossiler Rohstoffe zurückzuführen (Ausbau der Schweröllieferungen an belorussische ölverarbeitende Fabriken, Abschaffung der Exportgebühren auf russisches Öl bei der Ausfuhr aus Belarus). Ebenso war ein aktiverer Export belorussischer Lebensmittel, Maschinen und Anlagen nach Russland und Kasachstan zu verzeichnen. Gleichzeitig war auch der Export von Öl- und petrochemischen Erzeugnissen in die EU gewachsen.

Seit August 2012 rutschten die belorussischen Exporte in Drittländer ins Minus, nachdem die Gebührenfrage geregelt und der belorussische Export von Ölerzeugnissen in der Form von Waren, bei denen die erhobenen Gebühren in den Haushalt Russlands fließen, beendet wurde. 2013 gingen die Lieferungen von russischen Ölerzeugnissen für belorussische ölverarbeitende Fabriken zurück, was eine Verringerung des russisch-belorussischen Handelsvolumens zur Folge hatte – sowohl absolut als auch in Preisen berechnet. In der zweiten Hälfte 2012 erfolgte anstelle eines beträchtlichen Exportzuwachses in Drittländer eine gewisse Aktivierung der belorussischen Kapazitäten zur Verarbeitung fossiler Rohstoffe für den Binnenmarkt des Einheitlichen Wirtschaftsraumes.

Russland und Kasachstan hatten durch die Schaffung der Zollunion keine derart relevanten Handelseffekte zu verzeichnen. Die russischen Exporte in Länder der Zollunion hatten 2011 eine größere Dynamik als die in Drittländer, vor allem wegen der erhöhten Lieferungen mineralischer Rohstoffe nach Belarus. Diese Tendenz setzte sich auch 2012 fort, war jedoch nicht ausreichend, um den Effekt einer »Generierung von Handel« zu stützen. Zu einer weiteren Spezifik des russischen Handels mit diesen Ländern sind die erhöhten Wachstumsraten beim Import aus den Ländern der Zollunion geworden, verglichen mit den Importen aus Drittländern und verglichen mit der Dynamik der russischen Exporte (2011). Anders gesagt, haben Belarus und

Kasachstan in höherem Maße als Russland die Vorteile umsetzen können, die sich aus dem Aufbau des Integrationsprojektes ergeben. Der nächste negative Trend für Russland ist die Zahlungsbilanz innerhalb der Zollunion. Gemäß Abkommen über die Zollunion werden die Gebühren, die an den Grenzen der Mitgliedsstaaten erhoben werden, wie folgt unter den Partnern aufgeteilt: Belarus erhält 4,7% der Gesamtsumme, Kasachstan 7,33% und Russland 87,97%. Aus den Daten von 2010 bis 2012 über die Vollstreckung des Föderalen Haushalts Russlands geht hervor, dass Russland seit dem 1. September, seit die Zollgebühren in einem gemeinsamen Topf zusammenfließen, bis zum 1. Januar 2013 1,709 Billionen Rubeln jener Mitteln eingenommen hat, die unter den Mitgliedern der Zollunion zu verteilen sind. Davon wurden 80,3 Mrd. Rubel an Belarus überwiesen und 125,3 Mrd. Rubel an Kasachstan. Im gleichen Zeitraum haben die Partnerländer 61,7 bzw. 96,9 Mrd. Rubel an Russland überwiesen. Dadurch weist Belarus einen Überschuss von 18,6 Mrd. Rubeln auf, und Kasachstan von 28,4 Milliarden. Der »Zusatzbeitrag Russlands zur Integration« betrug 47 Milliarden Rubel.

Veränderungen im Handelsvolumen und in der Güterstruktur

Der Handel Kasachstans im Rahmen der Zollunion hatte keine nachhaltigen Wachstumsraten des innerurasischen Handels gegenüber dem mit Drittstaaten aufzuweisen. Es erfolgte lediglich eine Ausweitung der Importlieferungen aus Belarus nach Kasachstan. Eine gewisse negative Rolle für den kasachischen Handel mit den Staaten der Zollunion hat der Re-Export chinesischer Waren gespielt (Textilien und Schuhe, Computertechnik, Fernseher, Bildschirme etc.). Der offiziellen Statistik zufolge hat sich 2012 der Anteil von Waren aus chinesischer Produktion am kasachischen Export von 3,4% auf 7,7% erhöht.

Es erfolgte auch eine Aktivierung des wechselseitigen Handels mit Fertigprodukten. Von 2011 bis 2012 lagen die Zuwachsraten bei Lieferungen von Maschinen und Anlagen über denen des wechselseitigen Gesamthandels. 2013 hat sich diese Dynamik wieder abgeschwächt.

Seit Bestehen der Zollunion bestand die einzige wesentliche und nachhaltige Änderung in der Warenstruktur des jeweiligen Exports in einem erhöhten Anteil von Lebensmitteln und agrarischen Rohstoffen am intraregionalen Warenverkehr.

Die Entwicklung der Warenstruktur der Exporte von Russland, Belarus und Kasachstan in die Länder der Zollunion geht dabei zielstrebig in Richtung einer Branchenspezialisierung. So erhöht sich der Anteil von Lebensmitteln und Mineralprodukten am belorussischen Export durch einen Rückgang bei Maschinen und

Anlagen. Auch beim kasachischen Export wächst das Gewicht von Lebensmittellieferungen. Die Warenstruktur des russischen Exports weist noch die größte Stabilität auf; hier sind die Veränderungen fast ausschließlich auf eine dynamische Entwicklung der Minerallieferungen zurückzuführen.

Anfang 2013 war das Potential für dynamische Wachstumsraten des Handels innerhalb der Zollunion im Wesentlichen ausgeschöpft. Das Volumen des wechselseitigen Warenhandels betrug 2013 94,5% des Wertes vom Vorjahr. Im Vergleich zu 2012 hat sich der Anteil des wechselseitigen Handels am Gesamtvolumen des Außenhandels der Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraumes kaum verändert. Auch 2014 hat es kaum Veränderungen gegeben. Das Volumen des wechselseitigen Warenhandels betrug im ersten Halbjahr dieses Jahres 88,3% des vorjährigen Vergleichszeitraumes. Gleichzeitig ging der Anteil des wechselseitigen Handels am Gesamtvolumen des Außenhandels der Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraumes von 12,2% auf 11,1% zurück, wobei sowohl der unveränderte Anteil bei Belarus (49,6% und 49,5%) und die zurückgehenden Anteile bei Kasachstan (von 18,1% auf 14,8%) und Russland (von 7,6% auf 6,8%) weiterbestanden.

Koordination der Wirtschaftspolitik

Der 2010 begonnene Aufbau des Einheitlichen Wirtschaftsraumes sah nicht nur eine Förderung des freien Warenverkehrs vor, sondern auch von Dienstleistungen, Finanzen und Arbeitskräften. Wichtigstes Ergebnis war dabei eine Koordinierung der drei Wirtschaftspolitiken auf der Makroebene. Im Mai 2013 wurden die wichtigsten Eckpunkte für 2013/14 verabschiedet. Eine abgestimmte Wirtschaftspolitik setzt die Beachtung der makroökonomischen Daten voraus, die für die Nachhaltigkeit der Wirtschaftsentwicklung bestimmend sind. Es ist hervorzuheben, dass in diesen für die Volkswirtschaften der Mitgliedsstaaten nicht einfachen Zeiten die Grenzwerte, die im Rahmen des Abkommens über eine Abstimmung der makroökonomischen Politik vom 9. Dezember 2010 festgelegt wurden, im Großen und Ganzen eingehalten werden.

Eine der Quellen für ein Wirtschaftswachstum in den Mitgliedsstaaten besteht in der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Realwirtschaften durch eine Nutzung des Potentials, das in einer integrativen Zusammenarbeit und den Wettbewerbsvorteilen der Mitgliedsländer liegt. Daher ist die vertiefte Zusammenarbeit in der Realwirtschaft zum wichtigsten Orientierungspunkt für die makroökonomische Wirtschaftspolitik 2013–2014 geworden. Für diese Zwecke sind 2013 Prinzipien und Ansätze für die Koordinierung der Industriepolitik und die Umsetzung einer abgestimmten (koordinierten) Poli-

tik im Bereich der Agrarindustrie der Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraumes ausgearbeitet worden. Per Beschluss des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsraumes vom 31. Mai 2013 wurden die Hauptrichtungen der industriellen Zusammenarbeit abgesteckt und eine Liste von 19 Wirtschaftszweigen festgelegt, von denen zehn zum Bereich Maschinenbau gehören: Luft- und Raumfahrt, PKW-Bau, Straßenbaumaschinen, Maschinen und Geräte für die Agrar- und Forstwirtschaft, Hebe- und Transportgeräte, Industrieerzeugnisse für das Eisenbahnwesen, Elektrogeräte, elektronische und optische Geräte sowie Komponenten, Anlagenbau, Maschinenbau für die Energiewirtschaft.

Von der Eurasischen Wirtschaftskommission, dem Republikverband der Industrieunternehmen Belarus (BelAPP), dem Verband der Maschinenbauer Kasachstans und dem Verband der Maschinenbauer Russlands ist ein Koordinationsrat zur Förderung des Maschinenbaus der Zollunion ins Leben gerufen worden. Auf dessen erster Sitzung am 17. Juli 2014 wurden die wichtigsten Entwicklungsrichtungen für den Maschinenbau in den Mitgliedsstaaten und für branchenübergreifende Maschinenbau-Cluster festgelegt, sowie Fragen des Aufbaus eines Eurasischen Interstaatlichen Engineering Centers erörtert.

Die Abteilung Industriepolitik der Eurasischen Wirtschaftskommission hat vorgeschlagen, ein effektiveres Instrument auf Basis einzelner zwischenstaatlicher Projekte, sogenannter Eurasischer Technologieplattformen, zu schaffen. Diese werden bereits auf der Grundlage russischer Projekte aufgebaut. Belarus und Kasachstan haben die Frage einer Mitgliedschaft von Koordinatoren der nationalen Programme an den Leitungsgremien der russischen Technologieplattformen (Medizin der Zukunft, Bioindustrie und Bioressourcen, Bioenergie, Technologien für ökologische Entwicklung) miteinander abgestimmt. Darüber hinaus laufen Arbeiten zur Entwicklung von Roadmaps zur Gestaltung der trilateralen Zusammenarbeit, die in gemeinsame Innovationsprojekte münden soll.

Bei der Erörterung der Technologieplattformen »Photonik« und »Entwicklung von Leuchtdiodentechnologien« sind die entwicklungshemmenden Faktoren für diese Branchen identifiziert worden (ungeregelte Billigimporte von Geräten mit Laser- und Leuchtdiodentechnologie aus China, die Schwierigkeiten, das Handelsaufkommen nachzuvollziehen, sowie das Binnenmarktpotenzial und den Anteil der einheimischen Produzenten dort abzuschätzen, weil das System der Warencodes veraltet ist, usw.). Es wurde beschlossen, dass zur Lösung systemischer Probleme und zum Abbau von Entwicklungshemmnissen in innovativen Industriezweigen die Arbeit der Abteilung und der Technologieplattformen gestrafft wird.

Darüber hinaus wurde am 29. Mai 2013 die Konzeption zur abgestimmten (koordinierten) Politik im

Bereich Agrarindustrie der Mitgliedsstaaten von Zollunion und Einheitlichem Wirtschaftsraum sowie ein Implementierungsplan hierzu verabschiedet. Große Aufmerksamkeit wird dem Aufbau eines gemeinsamen Strommarktes der Mitgliedsstaaten gewidmet. Diese Richtung der Zusammenarbeit befindet sich noch in einer Phase, in der eine Konzeption zur Entwicklung des Strommarktes ausgearbeitet wird.

Industrielle Kooperationen

Es gibt darüber hinaus Versuche zur wechselseitigen Ergänzung der realen Wirtschaftszweige der Mitgliedsstaaten unter Berücksichtigung der jeweiligen Wettbewerbsvorteile; allerdings wird einer Entwicklung in dieser Richtung nur unzureichend Aufmerksamkeit geschenkt. Hauptproblem ist hier, dass die jeweils anderen Binnenmärkte als offene und ergiebige Exportmärkte betrachtet werden, und auf den eigenen nationalen Märkten versucht wird, den Import – auch den aus Mitgliedsstaaten – durch eigene Produkte zu ersetzen.

Dessen ungeachtet hat ein allmählicher Aufbau gemeinsamer Produktionen im Automobilbau, Landwirtschaftsmaschinenbau, Hubschrauberbau, bei der Gaschemie und anderen Branchen eingesetzt. Dabei geht es nicht nur um den Montagebereich, sondern auch um die Inbetriebnahme einer ersten Autofabrik mit vollem Produktionszyklus in Kasachstan (gemeinsam mit dem russischen Unternehmen AvtoVAZ).

Am effektivsten schreitet die Zusammenarbeit zwischen Russland und Belarus voran. So sind über 8.000 russische und belorussische Unternehmen durch wechselseitige Lieferungen verbunden. Die Minsker Traktorenwerke (MTZ) haben Kooperationsbeziehungen mit 157 Unternehmen in Russland. Lieferungen von Erntemaschinen für Getreide und Futtermittel nach Russland durch »Gomselmash« machen über 60 % der Produktion des Unternehmens aus. Im Rahmen gemeinsamer Programme ist die Herstellung von Automobilen auf den Weg gebracht worden, die den internationalen Umwelt-, Sparsamkeits-, Sicherheits- und Zuverlässigkeitsanforderungen (EURO-4) genügen. Daneben sind sieben Supercomputersysteme und 23 entsprechende Programme für verschiedene Branchen in den beiden Ländern sowie für die Bereiche Wissenschaft, Bildung und Medizin entwickelt und in Betrieb genommen worden.

Für die Entwicklung der russischen Raumfahrt ist die Zusammenarbeit mit Kasachstan überaus wichtig. Am Raumfahrtzentrum Baikonur wird gemeinsam mit der russischen Seite die Weltraumraketenanlage »Baiterek« aufgebaut, wo im Rahmen der Weltraumprogramme der beiden Länder Raketenstarts zu verschiedenen Zwecken stattfinden sollen. 2008 ist ein Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Nut-

zung des Globalen satellitengestützten Navigationssystems GLONASS geschlossen worden. Umgesetzt wird auch eine Reihe gemeinsamer Projekte im Automobilbau, Agrarmaschinenbau, Waggonbau, Schiffbau und Hubschrauberbau. Russland liefert in die Republik Ausrüstungen für die Bergwerkindustrie sowie den Energie- und Brennstoffkomplex, für Wasserkraftwerke, die Metallurgie und die Metallverarbeitung.

Auch die Zusammenarbeit zwischen Belarus und Kasachstan beim Maschinenbau ist aktiver geworden. In Kasachstan sind 13 Montageanlagen für belorussische Produkte errichtet worden: für Mährescher, Motoren, Ballenpressen, Fahrstühle, Ausrüstung für den Über- und Untertageabbau, Traktoren und eine Reihe von landwirtschaftlicher Anhängengeräte. Begonnen wurde ein Projekt zur Montage von Kardanwellen. Für die Produktion der Getreidemährescher »Jesil-760« und »KSK-603« ist in Kostanaj von »Gomselmash« und »AgromaschCholding« ein Joint Venture gegründet worden. Im Gebiet Akmolinsk (Kasachstan) wird ein belorussisch-kasachischer Industrie- und Technikpark für Geräte der Land- und Kommunalwirtschaft errichtet, auf dessen Gelände Produktionsstätten der Minsker Traktorenwerke, für Ballenpressen von »Bobrujsk-agromasch« und kommunale Nutzfahrzeuge auf Basis von Fahrgestellen der Minsker Autofabrik (»MAS«) entstehen.

Perspektiven der Zusammenarbeit

Der wichtigste Modernisierungsfaktor für die Volkswirtschaften Russlands, Kasachstans und von Belarus ist derzeit der Import von Ausrüstung und Technologien über den Ankauf von Lizenzen und Waren sowie über Direktinvestitionen aus Drittländern. Der Zustrom ausländischer Technologien beschleunigt die Modernisierung der jeweiligen Branchen, erschwert aber objektiv die Koordinierung der technologischen Erneuerung der Wirtschaft in den Ländern des Einheitlichen Wirtschaftsraumes; das gleiche gilt für die Produktionskooperation, da die Zentren technologischer und Lebensmittelneuerungen außerhalb des Wirtschaftsraumes liegen. Das verstärkt den Bedarf an der Entwicklung neuer Ansätze zur Zusammenarbeit in Richtung einer radikalen Modernisierung der Wirtschaften ihrer Mitgliedsländer.

Ungeachtet der schwierigen wirtschaftlichen und politischen Situation rund um die Ukraine haben Belarus, Kasachstan und Russland 2014 ihre Bewegung in Richtung vertiefter Integration fortgesetzt. Am 29. Mai 2014 wurde der Vertrag über die Eurasische Wirtschafts-

union unterzeichnet. Der Vertrag und seine Begleitdokumente legen das weitere Entwicklungsprogramm der drei Länder für die kommenden 10 Jahre fest. Unter Berücksichtigung der Spezifika der einzelnen Volkswirtschaften wurde in dem Dokument die Frist bis zur Entstehung der Union auf das Jahr 2025 festgesetzt.

Für eine effiziente Zusammenarbeit im Rahmen der Union sind der Höchste Eurasische Wirtschaftsrat der drei Staatsoberhäupter der Mitgliedsländer, der Eurasische zwischenstaatliche Rat der drei Regierungschefs und die Eurasische Wirtschaftskommission als ständig tätiges Regulierungsorgan geschaffen worden. Darüber hinaus wird das Gericht der Eurasischen Wirtschaftsunion mit Sitz in Minsk eingerichtet, sowie das Eurasische Finanzzentrum in Almaty. Der Haushalt der Union wird in Russischen Rubeln erstellt und aus Beiträgen der Mitgliedsstaaten bestritten.

Als wichtigste Richtungen der Zusammenarbeit sind die Schaffung eines koordinierten Verkehrs-, Energie- und Finanzsystems der Union festgelegt worden. Es geht praktisch um ein neues Format der infrastrukturellen Verbindungen zur Entwicklung der Industrie im eurasischen Raum. Ein eigener Abschnitt des Vertrages ist der Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes und den Bedingungen für die Freizügigkeit von Arbeitskräften gewidmet. Mit Inkrafttreten dieses Vertrages erhalten die Bürger Russlands, Kasachstans und der Republik Belarus bei Arbeitseinstellung oder Geschäftsgründung den Status von nationalen Agenten auf dem gesamten Unionsgebiet. Zur Vereinfachung der Zusammenarbeit auf dem Arbeitsmarkt ist darüber hinaus ein Abkommen über die Anerkennung von Bildungsabschlüssen (pädagogische und medizinische ausgenommen) sowie von wissenschaftlichen Graden unterzeichnet worden.

Außerdem wurde der Kurs zur Koordinierung der makroökonomischen und der Industriepolitik der drei Länder bekräftigt worden.

Dadurch entwickeln sich die Integrationsprozesse im postsowjetischen Raum weiter, wenn auch mit einigen Schwierigkeiten. Die Gründe hierfür sind in der Schwierigkeit zu sehen, die nationalen Wirtschaften an die Bedingungen der Zoll- und Wirtschaftsunion anzupassen, wie auch in externem Widerstand gegen die Schaffung eines wirtschaftlichen Kraftzentrums. Die Länder haben – ungeachtet gewisser Widersprüche – durch ihr Vorgehen den Kurs zur Vertiefung und Ausweitung der eurasischen Integration bekräftigt.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Elena Kuzmina ist promovierte Politologin und Leiterin der Sektion Wirtschaftsentwicklung der postsowjetischen Länder am Zentrum für postsowjetische Studien des Instituts für Wirtschaft der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Wiedervereinigt wider Willen

Mit Druck und Finanzhilfen integriert Russland die ehemaligen Sowjetrepubliken

Susanne Spahn, Berlin

Zusammenfassung

Seit 2010 hat die Putin-Führung ihre Integrationsaktivitäten im postsowjetischen Raum intensiviert: mit der Neugründung der Zollunion, die zwei Jahre später zum Einheitlichen Wirtschaftsraum ausgebaut wurde und 2015 in die Eurasische Wirtschaftsunion münden soll. Ende Mai 2014 unterzeichneten die Präsidenten Russlands, Kasachstans und Belarus' den Vertrag zur Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion (Jewrasijskij Ekonomitscheskij Sojus; russ. Abk.: JeAES). Es soll damit ein Binnenmarkt mit 170 Millionen Menschen entstehen, in dem die Freiheit von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital herrscht. Armenien hat angekündigt, ebenfalls beitreten zu wollen. Das neue eurasische Reich ist Putins geopolitisches Kernprojekt, der Versuch, eine von Russland dominierte Union als Gegengewicht zur EU zu etablieren und damit die russische Einflussphäre zu sichern.

Das wichtigste Ziel: Machterhalt

Das wichtigste Ziel der russischen Führung ist die Erhaltung der eigenen Macht. Diesem Ziel sind alle anderen Ziele der Innen- und Außenpolitik untergeordnet. Die russische Staatsführung um Präsident Wladimir Putin will im eigenen Land und im postsowjetischen Raum mögliche Regimewechsel nach dem Vorbild der Farbenrevolutionen oder des Euromaidan in der Ukraine verhindern. Insbesondere in der Revolution in der Ukraine wird eine Gefahr für das eigene autoritäre Regime gesehen. In der Außenpolitik beansprucht Russland bereits seit Anfang der 90er Jahre den postsowjetischen Raum als »Sphäre privilegierter Interessen«, also als exklusive Einflussphäre, die gegenüber dritten Mächten zu verteidigen ist. Hier wird insbesondere die Östliche Partnerschaft der EU als Konkurrenz um den Einfluss im postsowjetischen Raum wahrgenommen. Die Außenpolitik ist in Russland zudem auch ein wichtiger Faktor der Innenpolitik: Es geht darum, Stärke zu demonstrieren und die Großmacht Russland zu stärken. Wie die patriotische Euphorie über die Annexion der Krim gezeigt hat, instrumentalisiert die russische Führung Außenpolitik erfolgreich für ihre Machtinteressen. Die Außenpolitik verleiht somit der russischen Führung Popularität und Legitimität, nachdem der wirtschaftliche Modernisierungskurs gescheitert ist.

Die Idee der Eurasischen Union

Die Funktion der Eurasischen Wirtschaftsunion muss in diesem Kontext gesehen werden: Geostrategische Interessen gaben bei dieser Initiative den Ausschlag. Putin führte dazu in einem Beitrag in der Zeitung *Iswestija* aus: »Wir schlagen das Modell einer starken supranationalen Vereinigung vor, die fähig ist, einen der Pole der heutigen Welt zu bilden« (*Iswestija* v. 3. 10. 2011; <<http://izvestia.ru/news/502761>>) Wenn es der russischen Führung

gelingt, Russland als bedeutendes Machtzentrum in einer multipolaren Weltordnung zu verankern, dient dies auch ihrem eigenen Machterhalt.

Das wirtschaftliche Interesse Russlands am gemeinsamen Binnenmarkt spielt eine untergeordnete Rolle, denn Russland wickelt nur einen geringen Teil seines Außenhandels mit Belarus und Kasachstan ab (vier bzw. drei Prozent im Jahr 2012). Umgekehrt ist Russland für Belarus der mit Abstand wichtigste Handelspartner; Kasachstan wickelt etwa ein Sechstel seines Handels mit Russland ab. Die wirtschaftlichen Präferenzen sind das Hauptinteresse von Belarus zur Teilnahme an den russisch dominierten Integrationsprojekten. Minsk spart durch die zollfreie Einfuhr von russischem Gas und Öl zu Vorzugspreisen etwa sechs Milliarden Dollar jährlich – das entspricht etwa zehn Prozent des belarussischen Bruttoinlandsprodukts. Das ist der Preis, den die Putin-Führung für die Teilnahme an ihrem geopolitischen Prestigeobjekt zahlt. Auch die Unterzeichnung des Vertrags zur Schaffung der Eurasischen Wirtschaftsunion ließ sich der belarussische Präsident Aleksandr Lukaschenka gesondert bezahlen: Bislang musste Belarus die Zölle für russisches Öl, das in Belarus weiterverarbeitet und als Benzin in den Westen weiterverkauft wird, erstatten. Die Hälfte dieser Kompensationen wurden Belarus nun erlassen, damit wird Minsk von 2015 an weitere 1,5 bis 2 Mrd. US-Dollar an Subventionen erhalten. Der Export von Ölprodukten ist eine wichtige Einkommensquelle für die weitgehend unreformierte belarussische Staatswirtschaft: nach Angaben der belarussischen Nachrichtenagentur Belapan erwirtschaftete Belarus 2013 dadurch mehr als zehn Milliarden USD, das ist etwa ein Drittel des Exporterlöses des Landes. Da die Öl-Branche in Belarus vom Import aus Russland abhängig ist, demonstriert dies die starke wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland. Außerdem ist

Russland einer der wichtigsten Kreditgeber des Landes: nachdem Moskau in diesem Jahr bereits Kredite über 2 Mrd. USD an Minsk vergeben hat, legte der russische Ministerpräsident Dmitrij Medwedew im September noch einmal nach und vergab einen 1,5 Mrd. USD-Kredit an die belarussische Regierung. Das hochverschuldete Belarus hängt somit am Tropf russischer Subventionen. Die Außenverschuldung beträgt nach Angaben der belarussischen Nationalbank bereits 56 % des BIP. Es ist zweifelhaft, ob Belarus die Stabilitätskriterien des Eurasischen Wirtschaftsraums erfüllen wird, die ähnlich der Maastricht-Kriterien in der EU Begrenzungen für die Gesamtverschuldung und die Inflation vorsehen.

Eurasische Wirtschaftsunion und Zollunion

Die Eurasische Wirtschaftsunion ist bereits verkündet worden, ohne dass die ihr vorausgehende Integrationsstufe, die 2010 in Kraft getretene Zollunion erreicht wäre. Die Partner der Zollunion sind von einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber Drittstaaten weit entfernt, wie der Konflikt um die Ukraine zeigte. So droht Russland, Importzölle auf ukrainische Waren zu erheben, wenn das Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine in Kraft treten sollte. Zwar wurde die Implementierung des wirtschaftlichen Teils des Assoziierungsabkommens auf 2016 verschoben, aber die russische Regierung hat bereits vorsorglich eine entsprechende Verfügung erlassen. Die Drohkulisse Russlands erhält jedoch Risse, weil sich ausgerechnet die Bündnispartner Belarus und Kasachstan widersetzen. Beide Staaten haben eine Resolution des Rates der Eurasischen Wirtschaftskommission über ein neues Handelsregime mit der Ukraine abgelehnt. Nun kann Russland immer noch im Alleingang handeln. Aber die Handelsbarrieren können umgangen werden, indem ukrainische Exporteure ihre Waren über Belarus auf den russischen Markt bringen.

Es ist aber nicht nur die fehlende Einigkeit in der Handelspolitik, auch untereinander leidet der Handel: »Bis zu einem gemeinsamen Markt ist es noch weit. Es gibt noch nicht einmal den absolut freien Warenverkehr«, kritisierte der Moskauer Wirtschaftswissenschaftler Aleksandr Knobel vom Gajdar-Institut für Wirtschaftspolitik im Gespräch mit der Autorin. Zahlreiche Hindernisse erschweren laut Knobel den Handel zwischen den Partnern. Die Eurasische Wirtschaftsunion sei nur ein Wechsel der Etiketten: »Bislang hat sich nur die Bezeichnung des Integrationsprojektes geändert, aber die Teilnehmer versuchen immer noch, die innerhalb der Zollunion ungelösten Probleme zu bewältigen«, sagte Knobel. Diese Ansicht teilt Pawel Koktyschew, Generaldirektor des Instituts für Entwicklung und Wirtschaftspolitik in Almaty. Die Zollunion sei eine »bürokratische Organisation«, der nicht die Prinzipien des Freihandels

zugrunde lägen. Stattdessen »wetteifert jede Seite von Anfang an darin, besonders raffinierte protektionistische Maßnahmen einzuführen«, sagte Koktyschew im Interview mit der Autorin. Ein Beispiel dafür sei, dass die kasachischen Exporteure Spirituosen nur in Spezialfahrzeugen russischer Spediteure auf dem Territorium Russlands transportieren dürften.

Die Eurasische Wirtschaftsunion

Auch ein Blick auf den am 29. Mai unterzeichneten Vertrag zur Eurasischen Wirtschaftsunion zeigt, dass zunächst die im Rahmen der Zollunion und des 2012 gegründeten Einheitlichen Wirtschaftsraums gestellten Aufgaben bewältigt werden müssen: Zwei von vier Teilen des Vertrages sind aus den Verträgen über die Zollunion von 2009 und über den Einheitlichen Wirtschaftsraum von 2011 übernommen. Der erste Teil widmet sich der Gründung neuer Organe, die im Grunde eine Umbenennung der bestehenden ist: der Oberste Eurasische Wirtschaftsrat der Staats- und Regierungschefs, ein Rat der stellvertretenden Regierungschefs der drei Mitgliedsländer und das Gericht der Eurasischen Wirtschaftsunion. Die seit 2012 agierende Eurasische Wirtschaftskommission bleibt das wichtigste Exekutivorgan des Zusammenschlusses. Erst im vierten Teil des Vertrages finden sich neue Integrationsschritte – die allerdings in die Zukunft verlegt wurden. Die sensible Frage einer Integration des Öl-, Gas- und Finanzsektors wurde auf das Jahr 2025 verlegt, also in die ferne Zukunft. Bei der Stromwirtschaft wollen die Seiten bis 2019 eine Einigung erzielen. Die einzige zeitnahe Bestimmung betrifft die Abschaffung von gegenseitigen Barrieren im Handel mit Arzneimitteln und medizinischen Geräten – bis zum 1. Juli 2016. Dies betrifft alles den gemeinsamen Markt von Waren. Der im Vertrag über den Einheitlichen Wirtschaftsraum vorgesehene gemeinsame Markt von Dienstleistungen wurde noch nicht angegangen. Auch der gemeinsame Markt für Arbeitskräfte ist nicht so bald zu erwarten. Für die Gastarbeiter aus den GUS-Staaten gibt es in Russland einschränkende Quoten, ihre Aufhebung ist wegen der weit verbreiteten Xenophobie politisch nicht opportun.

Ob die Eurasische Wirtschaftsunion das Wirtschaftswachstum der Mitgliedsstaaten fördert, wird die Zukunft zeigen. Wissenschaftler bezweifeln jedoch, dass der Zusammenschluss dreier Staaten mit ineffizienten wirtschaftlichen Strukturen die Modernisierung vorantreiben und die internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken wird. Zwei der Partner, Russland und Kasachstan, weisen eine starke Rohstoffabhängigkeit auf, der Anteil von Öl und Gas am Export dieser Länder beträgt etwa drei Viertel. Wichtiger – aus der Perspektive Russlands – ist die politische Funktion der Union: Das Eurasische Reich

soll Russlands Dominanz im postsowjetischen Raum zementieren. Denn die Mitgliedstaaten sind nur auf den ersten Blick gleichberechtigt: Die Räte sind paritätisch besetzt und entscheiden im Konsens. Umgesetzt werden die Beschlüsse von der Kommission, deren Zusammensetzung sich nach dem bisherigen Zollaufkommen richtet. So sind 84 % der mehr als 1.000 Beamten des in Moskau ansässigen Gremiums Russen, Kasachstan stellt zehn Prozent und Belarus sechs Prozent der Mitarbeiter. Obwohl Putin Wert darauf legt, die Eurasische Wirtschaftsunion nicht als Konkurrenzunternehmen zur EU darzustellen und sie als »integralen Bestandteil eines größeren Europa« bezeichnet, steht die EAES de facto im Gegensatz zur EU. Denn die Union verhindert, dass europäische Strukturen und Normen auf den postsowjetischen Raum ausgeweitet werden. Eine Mitgliedschaft in der Zollunion schließt den Freihandel mit der EU aus, so wird verhindert, dass die Adressaten der Östlichen Partnerschaft der EU Assoziierungsabkommen mit »tief greifendem und umfassendem Freihandel« abschließen.

Perspektiven der Eurasischen Union

Dass die JeAES ein wenig demokratisches Gebilde ist, verdeutlicht auch die Tatsache, dass zwei Staaten nicht ganz freiwillig beitraten. Belarus stand 2010/2011 kurz vor dem Staatsbankrott, als es der Zollunion beitrug und auch die zweite Hälfte des Aktienpakets an dem Gasverteiler Beltransgas an Gazprom verkaufte. Das politische Wohlverhalten belohnte Moskau mit wirtschaftlichen Präferenzen in Form von niedrigen Energiepreisen und Krediten. Ähnlich ging Russland auch bei Armenien vor, das auf die ursprünglich geplante Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU verzichtete und ankündigte, der EAES beizutreten. Hier waren vor allem sicherheitspolitische Argumente ausschlaggebend, denn Russland unterstützt Armenien im Konflikt mit Aserbaidschan um Berg-Karabach. Auch Armenien erhielt einen günstigen Gaspreis und trat den letzten Anteil an dem Pipelinenetz Armros gas an Gazprom ab. Diese Politik aus wirtschaftlichem Druck und der Nutzung eingefrorener Konflikte wendet Russland auch bei Georgien und der Republik Moldau an, die bislang jedoch dem Druck standhielten. Hier übt Moskau Einfluss über die abtrünnigen Provinzen Abchasien, Südossetien und Transnistrien aus. Zu den wirtschaftlichen Druckmitteln gehören die Energielieferungen und die Importverbote für georgische und moldauische Lebensmittel. Wenig erfolg-

reich war das Spiel aus wirtschaftlichem und militärischem Druck auch im Fall der Ukraine, allerdings wird die Ukraine möglicherweise für ihren Widerstand den Preis eines weiteren »Transnistriens« im Osten des Landes zahlen müssen. Mit Blick auf die Verhinderung einer EU-Assoziierung war Russland also hinsichtlich Belarus und Armeniens erfolgreich, bei der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien nicht. Aserbaidschan als sechstes Land der Östlichen Partnerschaft ist derzeit weder an einer Integration in die EU noch in die Eurasische Wirtschaftsunion interessiert.

Fraglich ist, ob es Russland gelingen wird, die Eurasische Wirtschaftsunion zu einer politischen Union auszubauen. Belarus und Kasachstan haben sich deutlich dagegen ausgesprochen. Auch im Konflikt mit dem Westen wegen der Ukraine geben die drei Mitgliedsländer kein einheitliches Bild ab. Kasachstan hat offiziell erklärt, sich an dem Embargo für westliche Lebensmittel nicht zu beteiligen. Belarus nutzt die Situation für eigene Geschäfte. Zum einen hat die belarussische Regierung Vereinbarungen mit Russland über die Lieferung von Milch, Fleisch, Zucker und anderen Lebensmitteln aus belarussischer Produktion abgeschlossen. Belarus re-exportiert aber auch Lebensmittel aus EU-Staaten. So hat sich beispielsweise der Import von Lachs nach Belarus seit der Einführung des russischen Embargos verdreifacht, wie die norwegische Firma Fjordlaks mitteilte. Dort erhält der Lachs einen neuen Zollcode und ist damit nicht mehr dem Embargo unterworfen. Die belarussische Firma SP Santa Bremor liefere den norwegischen Fisch weiter nach Russland, berichtete die russische Zeitung RBK-Daily. In Kasachstan ist man über eine Äußerung Putins verärgert, der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew habe einen Staat auf einem Territorium geschaffen, auf dem es zuvor nie einen Staat gegeben habe. »Die Kasachen hatten keine Staatlichkeit«, sagte Putin laut russischsprachigem Dienst der BBC (2. September 2014; <http://www.bbc.co.uk/russian/international/2014/09/140901_kazakhstan_putin>). Die Eurasische Wirtschaftsunion nütze den Kasachen wirtschaftlich, um »in den Weiten der großen russischen Welt zu bleiben«, so Putin. Dies folgte auf eine Drohung des Rechtspopulisten Wladimir Schirinowskij, Russland müsse erst die Sache mit der Ukraine klären und dann einen näheren Blick auf Kasachstan werfen. Nasarbajew warnte daraufhin im kasachischen Fernsehen, Kasachstan werde aus der Eurasischen Wirtschaftsunion austreten, wenn seine Unabhängigkeit bedroht sei.

Über die Autorin

Dr. phil. Susanne Spahn lebt als freie Journalistin, Historikerin und Politologin in Berlin. Sie ist auf Politik, Wirtschaft und Geschichte Osteuropas spezialisiert. Ihre Dissertation »Staatliche Unabhängigkeit – das Ende der ostslawischen Gemeinschaft? Die Außenpolitik Russlands gegenüber der Ukraine und Belarus seit 1991« ist 2011 in Hamburg erschienen.

Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Lesetipps zum Thema »Eurasische Integration«

- Adomeit, Hannes: Die Eurasische Union: Reintegration des postsowjetischen Raums oder Teil einer Gemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok?, in: Eckart D. Stratenschulte (Hg.): Heilsame Vielfalt? Integrationsstrukturen in Europa, Baden-Baden 2014, S. 229–278.
- Atilgan, Canan, Gabriele Baumann, Alexander Brakel et al.: Die Eurasische Union. Ein Integrationsprojekt auf dem Prüfstand (= KAS Auslandsinformationen 2/2014).
- Blockmans, Steven; Kostanyan, Hrant; Vorobiov, Ievgen: Towards a Eurasian Economic Union: The challenge of integration and unity, December 2012 (= CEPS Special Report No. 75 / December 2012 <<http://www.ceps.be/ceps/dld/7544/pdf>, 4. Januar 2013>), 32 S.
- Tsygankov, Andrei P. [Cygankov, Andrej P.]: Moscow's Soft Power Strategy, in: Current History, 112.2013, S. 259–264.
- Dragneva, Rilka; Wolczuk, Kataryna: Russia, the Eurasian Customs Union and the EU: Cooperation, Stagnation or Rivalry?, August 2012 (= Chatham House. Briefing Paper. Russia and Eurasia Programme REP BP 2012/01 <http://www.chathamhouse.org/sites/default/files/public/Research/Russia%20and%20Eurasia/0812bpdragneva_wolczuk.pdf, 3. August 2012>), 16 S.
- Dragneva, Rilka; Wolczuk, Kataryna (Hrsg.): Eurasian Economic Integration. Law, Policy, and Politics, Cheltenham / Brookfield: Edward Elgar 2013, 256 S.
- Jackson, Nicole J.: Trans-Regional Security Organisations and Statist Multilateralism in Eurasia, in: Europe-Asia Studies, 66.2014, Nr. 2 (07 Feb 2014), S. 181–203.
- Kassenova, Nargis: Kazakhstan and Eurasian Economic Integration: Quick Start, Mixed Results and Uncertain Future, Paris: IFRI November 2012 (= Russie NEI Reports no 14 <<http://www.ifri.org/downloads/ifrikassenovakazandeurasianintegrationengnov2012.pdf>, 30. November 2012>), 29 S.
- Krickovic, Andrej: Imperial nostalgia or prudent geopolitics? Russia's efforts to reintegrate the post-Soviet space in geopolitical perspective, in: Post-Soviet Affairs, 30.2014.
- Popescu, Nicu: Eurasian Union: the real, the imaginary and the likely, Paris: EUISS 9.9. 2014 (= Chaillot Paper No. 132 <<http://www.iss.europa.eu/uploads/media/CP132.pdf>, 9. September 2014>), 45 S.
- Roberts, Sean; Marin, Anaïs; Moshes, Arkady; Pynnöniemi, Katri: The Eurasian Economic Union: Breaking the pattern of post-Soviet integration?, 11.9. 2014 (= FIIA Analysis No. 3 <<http://www.fiaa.fi/en/publication/439/the EurasianEconomicUnion/>, 11. September 2014>), 20 S.
- Sadowski, Rafal: Partnership in times of crisis. Challenges for the Eastern European countries' integration with Europe, July 2013 (= OSW Point of View, Number 36 <http://www.osw.waw.pl/sites/default/files/pw36enpartner_shipnet.pdf, 8. August 2013>), 53 S.
- Saivetz, Carol R.: The ties that bind? Russia's evolving relations with its neighbors, in: Communist and Post-Communist Studies, 45.2012, Nr. 3–4, S. 401–412.
- Satpajew, Dossym: Die Eurasische Wirtschaftsunion als geopolitisches Instrument und Wirtschaftsraum: eine Analyse aus Kasachstan, Juni 2014 (= Friedrich Ebert Stiftung. Perspektive <<http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/10810.pdf>, 20. Juni 2014>), 7 S.
- Shumylo-Tapiola, Olga: Ukraine at the Crossroads: Between the EU DCFTA and Customs Union, Paris: IFRI avril 2012 (= Russie.Nei.Reports, n° 11 <<http://www.ifri.org/downloads/rnr11shumylotapiolaapril2012.pdf>, 8. Mai 2012>), 25 S.
- Spahn, Susanne: Warum die ostslawische Gemeinschaft der Russen, Belarussen und Ukrainer gescheitert ist, in: Agnieszka Gasior, Lars Karl, Stefan Troebst (Hg.): Post-Panslavismus. Slavizität, Slavische Idee und Antislavismus im 20. und 21. Jahrhundert, Göttingen 2014, S. 258–273.
- Starr, S. Frederick; Cornell, Svante E. (Hrsg.): Putin's Grand Strategy: The Eurasian Union and Its Discontents, Washington, D.C. / Stockholm: Central Asia-Caucasus Institute / Silk Road Studies Program 2014 (= <<http://www.silkroadstudies.org/new/docs/publications/1409EurasiaUnion.pdf>, 17. September 2014), 203 S.
- Tolksdorf, Dominik: The EU, Russia and the Eastern Partnership: What Dynamics under the New German Government?, February 2014 (= Note du Cerfa No.109 – Russie.Nei.Visions No.74 <<http://www.ifri.org/downloads/ndc109tolksdorfeng.pdf>, 11. Februar 2014>), 24 S.
- Trenin, D.; Lipman, M.; Malashenko, A.: The end of an era in EU-Russia relations, Moscow: Carnegie Moscow Center May 2013 (= <<http://carnegieendowment.org/files/newerarussiaeu.pdf>, 24 S.
- Wisniewska, Iwona: Eurasian integration. Russia's attempt at the economic unification of the Post-Soviet area, July 2013 (= OSW Studies, Number 44 <http://www.osw.waw.pl/sites/default/files/prace44eurasian-integration_net.pdf, 8. August 2013>), 41 S.

STATISTIK

Der Außenhandel von Russland, Kasachstan und Belarus

Tabelle 1: Außenhandelsdaten der Mitgliedsstaaten der geplanten Eurasischen Wirtschaftsunion im Vergleich für 2013

	Russland		Kasachstan		Belarus	
	in Mio. US \$	in %	in Mio. US \$	in %	in Mio. US \$	in %
Exporte	526.392,4	100,0 %	84.700,4	100,0 %	37.203,0	100,0 %
Exporte in die GUS	73.490,3	14,0 %	10.881,5	12,8 %	23.015,0	61,9 %
Exporte nach Belarus	20.028,0	3,8 %	58,3	0,1 %		
Exporte nach Kasachstan	17.460,1	3,3 %			870,4	2,3 %
Exporte nach Russland			5.875,3	6,9 %	16.837,5	45,3 %
Exporte in übrige Länder	452.902,1	86,0 %	73.818,9	87,2 %	14.188,0	38,1 %
Importe	317.806,0	100,0 %	48.805,6	100,0 %	43.023,0	100,0 %
Importe aus GUS	41.309,4	13,0 %	22.672,1	46,5 %	25.209,0	58,6 %
Importe aus Belarus	13.555,0	4,3 %	698,3	1,4 %		
Importe aus Kasachstan	9.010,7	2,8 %			82,4	0,2 %
Importe aus Russland			17.971,8	36,8 %	22.904,9	53,2 %
Importe aus übrigen Ländern	276.496,2	87,0 %	26.133,5	53,5 %	17.814,0	41,4 %

Quelle: Daten der russischen Zollstatistik, Föderaler Zolldienst <<http://www.customs.ru/>>

Tabelle 2: Außenhandel der Russischen Föderation (in Mio. US \$)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2013 in % der Gesamtexporte
Exporte							
Exporte ins »Ferne Ausland«	397.925	254.856	336.959	437.283	447.277	452.902	
Exporte in die GUS	69.656	46.811	59.685	79.435	78.107	73.490	
Gesamtexporte	467.581	301.667	396.644	516.718	525.383	526.392	
Länder nach Exportvolumen 2013							
Niederlande	56.973	36.407	53.963	62.695	76.803	70.126	13,32 %
Italien	41.999	25.100	27.404	32.658	32.428	39.315	7,47 %
Deutschland	33.164	18.710	25.103	34.158	35.594	37.028	7,03 %
China	21.142	16.687	20.325	35.030	35.727	35.631	6,77 %
Türkei	27.655	16.377	20.367	25.350	27.439	25.500	4,84 %
Ukraine	23.567	13.836	23.143	30.492	27.204	23.796	4,52 %
Belarus	23.507	16.726	18.058	24.930	24.566	20.028	3,80 %
Japan	10.327	7.251	12.835	14.643	15.590	19.649	3,73 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Außenhandel der Russischen Föderation (in Mio. US \$) (Fortsetzung)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2013 in % der Gesamt- exporte
Polen	20.194	12.503	14.936	21.367	19.878	19.582	3,72 %
Kasachstan	13.299	9.147	10.796	14.099	15.080	17.460	3,32 %
<i>Importe</i>							
Importe aus der GUS	36.607	21.818	31.606	44.841	41.642	41.309	
Importe aus dem »Fernen Ausland«	230.494	145.530	197.439	260.920	272.508	276.496	
Gesamtimporte	267.101	167.348	229.045	305.760	314.150	317.806	
<i>Länder nach Exportvolumen 2013</i>							
China	34.780	22.795	39.036	48.202	51.844	53.212	16,74 %
Deutschland	34.115	21.229	26.714	37.683	38.300	37.916	11,93 %
USA	13.790	9.170	11.135	14.584	15.309	16.537	5,20 %
Ukraine	16.254	9.131	14.044	20.123	17.980	15.791	4,97 %
Italien	11.002	7.891	10.044	13.402	13.426	14.554	4,58 %
Japan	18.586	7.252	10.301	15.017	15.676	13.563	4,27 %
Belarus	10.552	6.718	9.816	14.509	11.866	13.555	4,27 %
Frankreich	10.015	8.431	10.118	13.276	13.772	13.012	4,09 %
Südkorea	10.594	4.866	7.273	11.582	10.985	10.315	3,25 %
Kasachstan	6.379	3.697	4.478	6.579	8.618	9.011	2,84 %

Quelle: Daten der russischen Zollstatistik, Förderaler Zolldienst <<http://www.customs.ru/>>

Tabelle 3: Außenhandel Belarus (in Mio. US \$)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2013 in % der Gesamt- exporte
Exporte insgesamt	32.571	21.304	25.284	41.419	46.060	37.203	
Exporte in die GUS	14.360	9.316	13.636	20.375	23.693	23.015	
davon: Exporte nach Russland	10.552	6.718	9.954	14.509	16.309	16.837	
Exporte in übrige Länder	18.211	11.988	11.648	21.044	22.367	14.188	
<i>Warenexport der Republik Belarus nach Ländern (nach Exportvolumen 2013)</i>							
Russland	10.551,9	6.718,5	9.953,6	14.508,6	16.308,9	16.837,5	45,26 %
Ukraine	2.777,9	1.691,5	2.560,1	4.159,8	5.557,2	4.195,8	11,28 %
Niederlande	5.408,2	3.698,0	2.845,6	6.128,5	7.551,3	3.330,4	8,95 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 3: Außenhandel Belarus (in Mio. US \$) (Fortsetzung)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2013 in % der Gesamt- exporte
Deutschland	812,0	987,4	460,8	1.826,4	1.737,1	1.753,4	4,71 %
Litauen	619,2	362,3	450,5	857,2	1.181,2	1.072,6	2,88 %
Großbritannien	1.415,5	803,7	935,2	404,0	556,6	1.024,2	2,75 %
Italien	322,1	187,2	195,4	552,3	676,7	901,9	2,42 %
Kasachstan	365,2	313,4	464,8	674,0	806,9	870,4	2,34 %
Polen	1.798,4	823,2	885,8	1.124,8	949,7	781,8	2,10 %
Importe insgesamt	39.381	28.569	34.884	45.759	46.404	43.023	
Importe aus der GUS	25.957	18.224	20.536	28.095	30.141	25.209	
davon: Import aus Russland	23.507	16.726	18.081	24.930	27.551	22.905	
Importe aus übrigen Ländern	13.424	10.345	14.348	17.664	16.263	17.814	
<i>Warenimport der Republik Belarus nach Ländern (nach Importvolumen 2013)</i>							
Russland	23.507,4	16.726,3	18.080,6	24.930,2	27.550,9	22.904,9	53,24 %
Deutschland	2.791,7	2.211,1	2.385,3	2.558,2	2.732,1	3.035,5	7,06 %
China	1.414,8	1.080,1	1.684,1	2.193,9	2.373,5	2.829,4	6,58 %
Ukraine	2.115,1	1.290,0	1.879,3	2.035,0	2.309,5	2.053,5	4,77 %
Polen	1.154,9	786,6	1.079,8	1.289,2	1.349,2	1.581,5	3,68 %
Italien	871,9	709,0	772,4	968,4	956,3	1.111,6	2,58 %
USA	484,1	429,9	421,8	556,7	634,1	587,1	1,36 %
Frankreich	560,9	393,0	384,6	430,1	436,0	495,7	1,15 %
Tschechien	336,0	238,3	317,1	354,1	440,9	495,5	1,15 %
Litauen	233,6	195,2	247,8	296,8	371,2	466,4	1,08 %
Niederlande	364,0	232,3	316,3	400,5	448,4	443,4	1,03 %
Türkei	223,2	187,6	259,4	318,9	347,2	410,1	0,95 %
...							
Kasachstan (18. Platz)	171,8	74,9	405,8	137	119	82,4	0,19 %

Quelle: Nationales Statistikkomitee der Republik Belarus, <<http://belstat.gov.by/>>

Tabelle 4: Außenhandel Kasachstan (in Mio. US \$)

	2012	2013	Veränderung zum Vorjahr
<i>Importe Gesamt</i>	46.358,4	48.805,6	5,28 %
Importe aus GUS	22.112,6	22.672,1	2,53 %
davon: Importe aus Russland	16.959,7	17.971,8	5,97 %
davon: Importe aus Belarus	699,9	698,3	-0,23 %
Importe aus übrigen Ländern	24.245,8	26.133,5	7,79 %
<i>Warenimport der Republik Kasachstan aus Ländern (nach Importvolumen 2013)</i>			
	2012	2013	2013 in % an Gesamtimporten
<i>Importe Gesamt</i>	46.358,41	48.805,57	
Russland	16.959,68	17.971,76	36,82 %
China	7.444,89	8.364,47	17,14 %
Deutschland	3.826,83	2.455,62	5,03 %
Ukraine	2.932,26	2.269,64	4,65 %
USA	2.131,83	2.126,86	4,36 %
Südkorea	965,62	1.265,14	2,59 %
Japan	912,23	1.078,45	2,21 %
Italien	975,56	1.034,87	2,12 %
Frankreich	651,05	1.032,54	2,12 %
Usbekistan	805,40	970,08	1,99 %
Türkei	806,65	926,13	1,90 %
Belarus	699,93	698,34	1,43 %
	2012	2013	Veränderung zum Vorjahr
<i>Exporte Gesamt</i>	86.448,8	84.700,4	-2,02 %
Exporte in GUS	11.417,7	10.881,5	-4,70 %
davon: Exporte nach Russland	6.136,9	5.875,3	-4,26 %
davon: Exporte nach Belarus	91,6	58,3	-36,35 %
Exporte in übrige Länder	75.031,1	73.818,9	-1,62 %
<i>Warenexport der Republik Kasachstan nach Ländern (nach Exportvolumen 2013)</i>			
	2012	2013	2013 in % an Gesamtexporten
<i>Exporte Gesamt</i>	86.448,84	84.700,37	
Italien	15.364,04	16.480,66	19,46 %
China	14.227,83	14.373,75	16,97 %
Niederlande	7.286,52	9.888,29	11,67 %
Russland	6.136,94	5.875,27	6,94 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 4: Außenhandel Kasachstan (in Mio. US \$) (Fortsetzung)

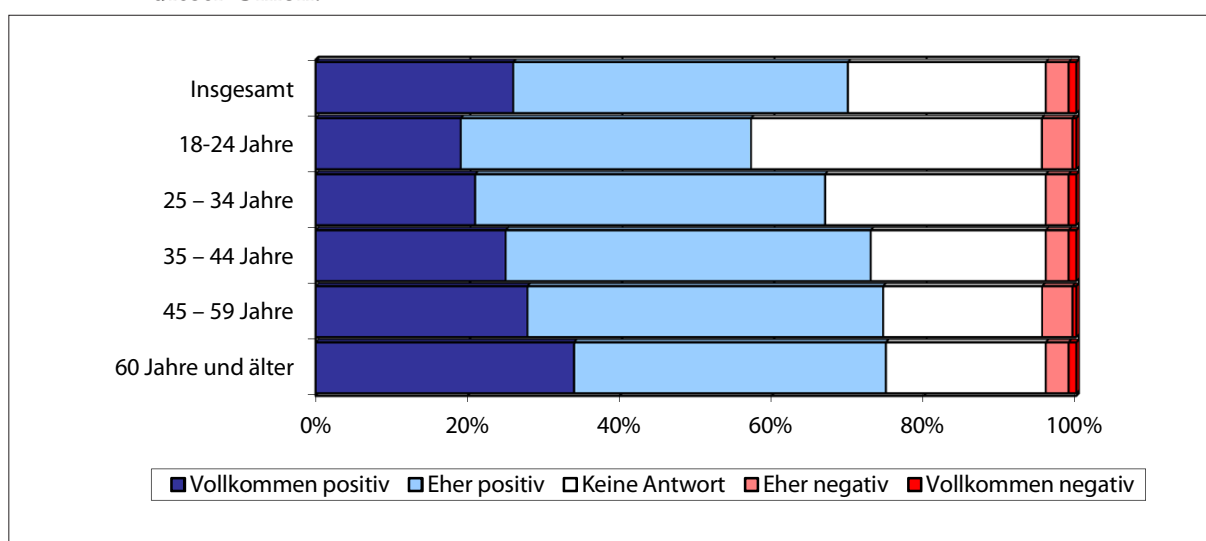
	2012	2013	2013 in % an Gesamtexporten
Frankreich	5.634,57	5.460,11	6,45 %
Schweiz	4.916,77	4.313,59	5,09 %
Österreich	4.955,90	3.614,87	4,27 %
Kanada	3.074,46	2.654,21	3,13 %
Türkei	2.705,70	2.603,06	3,07 %
Rumänien	3.032,62	2.396,49	2,83 %
Ukraine	2.382,55	2.041,42	2,41 %
...			
Deutschland	1.392,93	428,37	0,51 %
Belarus	91,75	58,29	0,07 %

Quelle: Statistikkomitee des Ministeriums für Volkswirtschaft der Republik Kasachstan, <<http://www.stat.gov.kz>>

UMFRAGEN

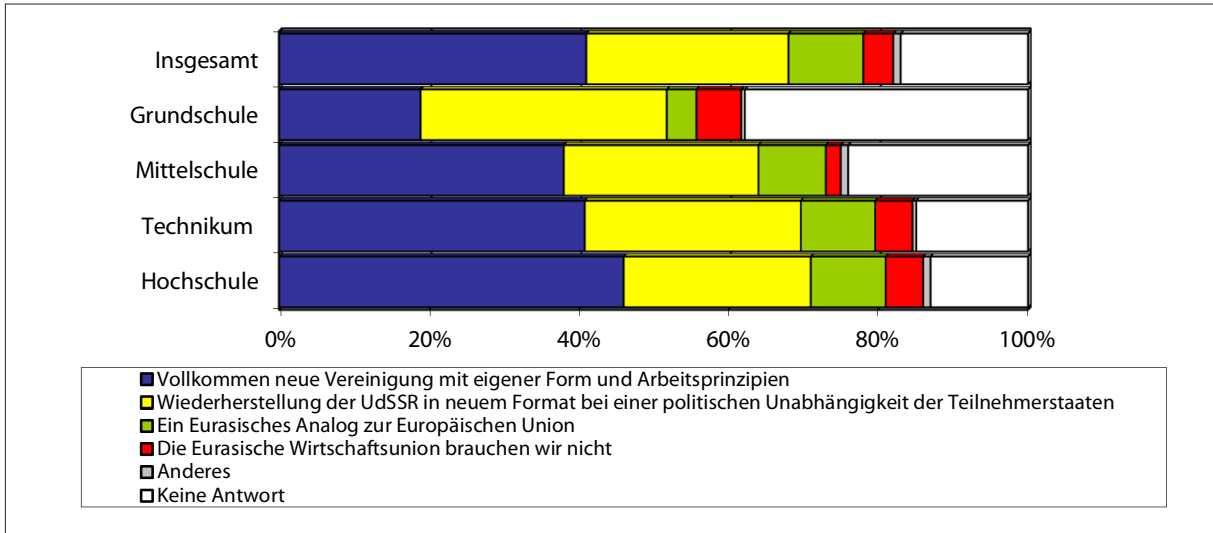
Die Eurasische Wirtschaftsunion in russischen Umfragen

Grafik 1: Am 29. Mai wurde in Astana, der Hauptstadt Kasachstans, der Vertrag zur Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion unterzeichnet. Wie stehen Sie zur Gründung dieser Union?



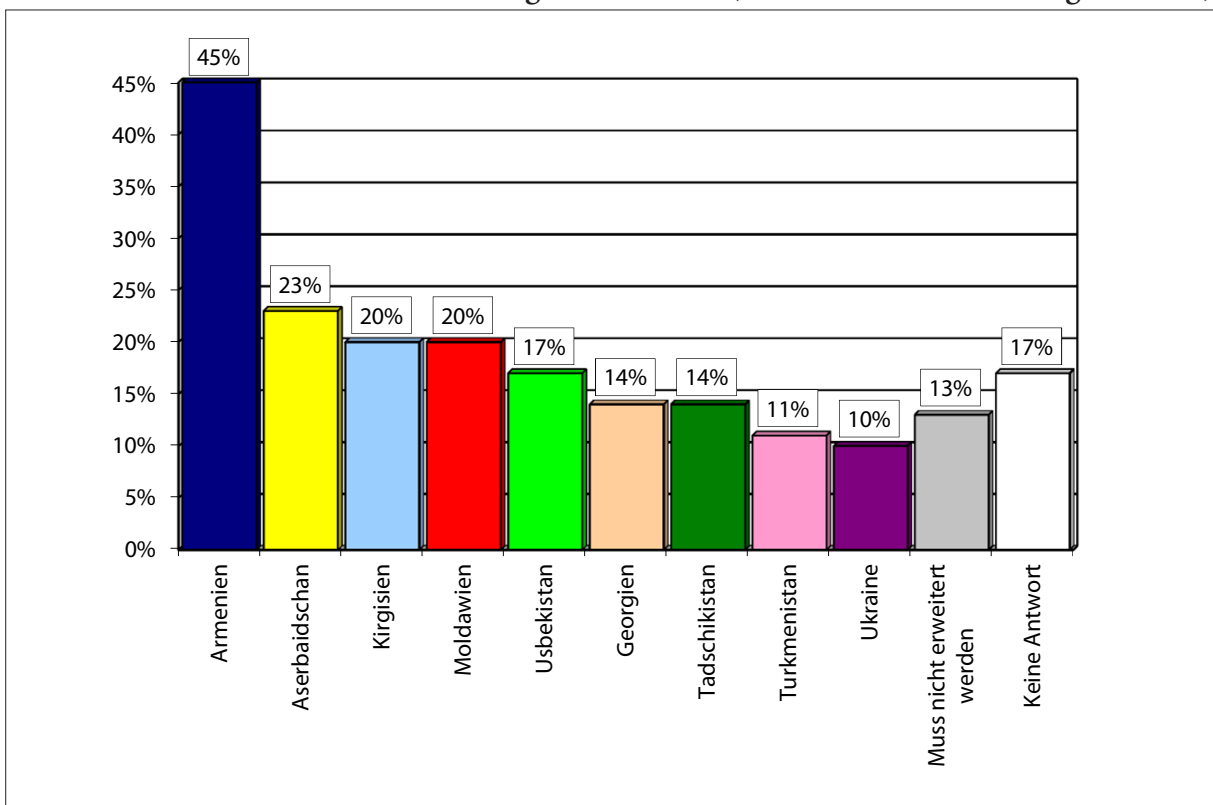
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 14.-15. Juni 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Juli 2014 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=114883>>

Grafik 2: Als was würden Sie diese Union gerne sehen?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 14.–15. Juni 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Juli 2014 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=114883>>

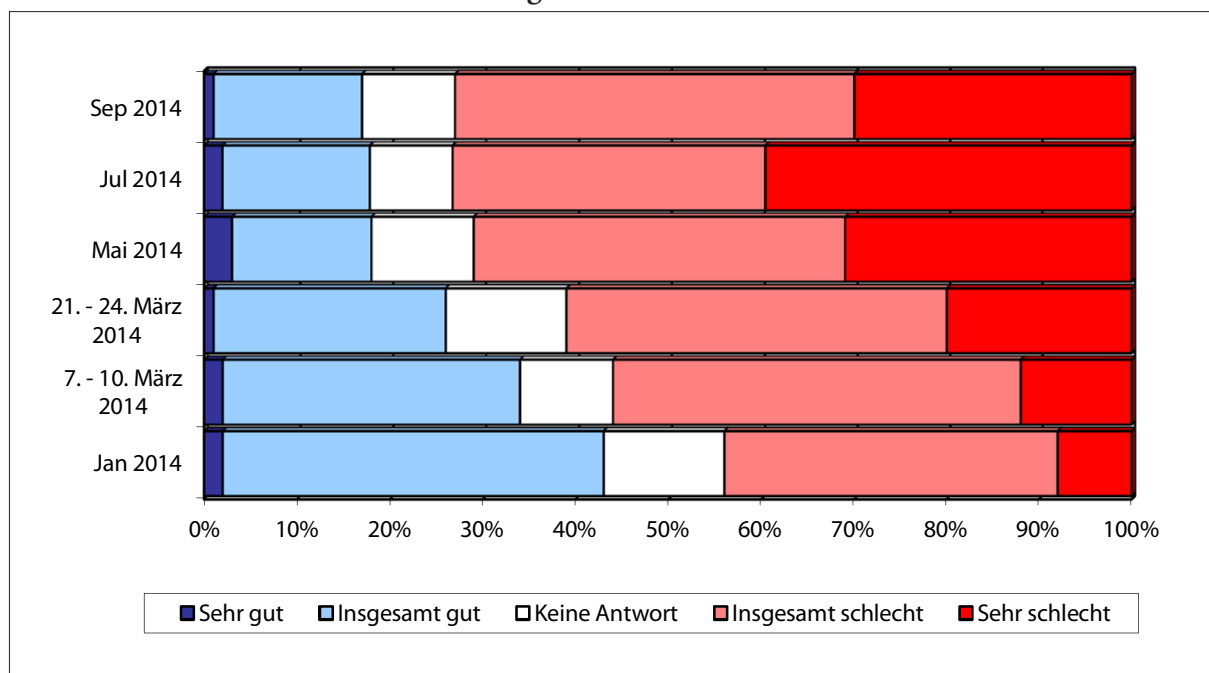
Grafik 3: Welche Länder der GUS (außer Russland, Kasachstan und Belarus) sollten in die Eurasische Wirtschaftsunion eingeladen werden (maximal drei Antwortmöglichkeiten)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 14.–15. Juni 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Juli 2014 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=114883>>

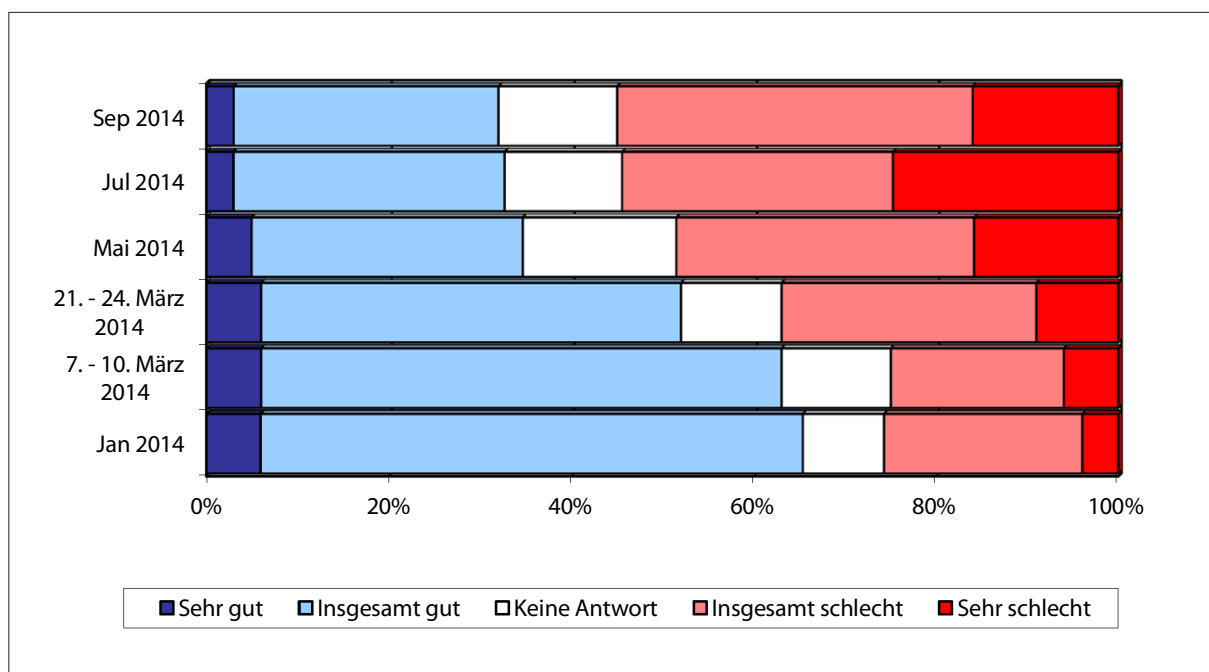
Russland und die Welt in der Zeit der russisch-ukrainischen Krise

Grafik 4: Wie stehen Sie zu den Vereinigten Staaten von Amerika?



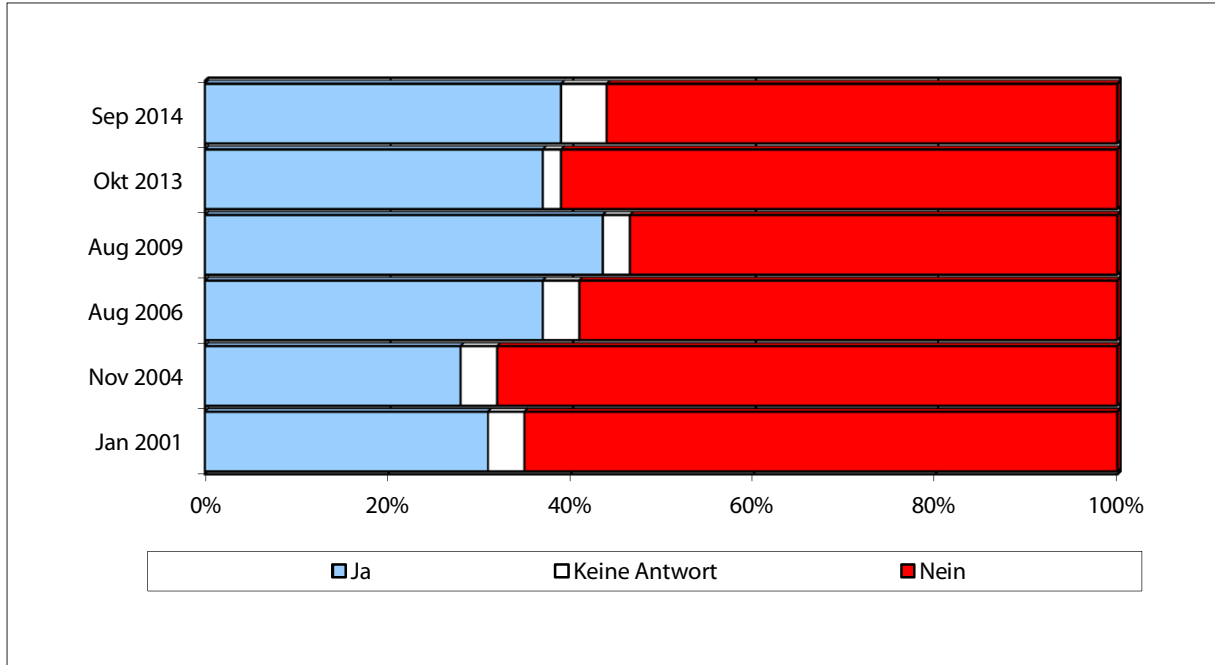
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. September 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Oktober 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/03-10-2014/mezhdunarodnye-otnosheniya-ssha-es-ukraina-belarus-i-gruziya>>

Grafik 5: Wie stehen Sie zur Ukraine?



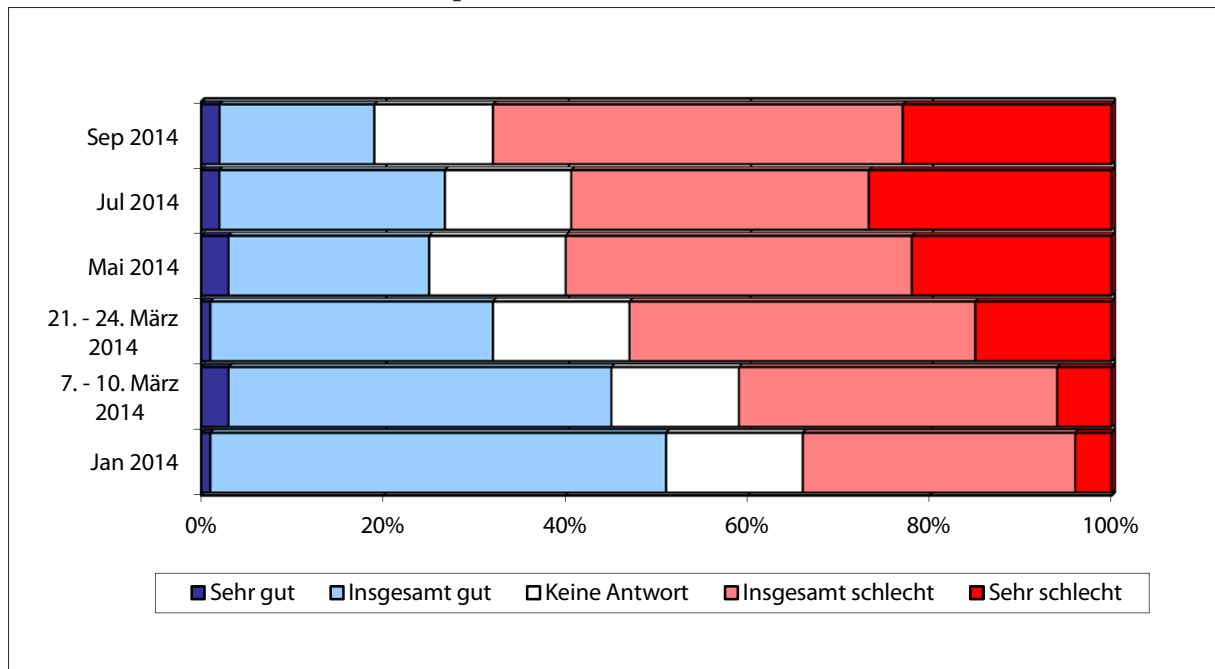
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. September 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Oktober 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/03-10-2014/mezhdunarodnye-otnosheniya-ssha-es-ukraina-belarus-i-gruziya>>

Grafik 6: Halten Sie die Ukraine für Ausland?



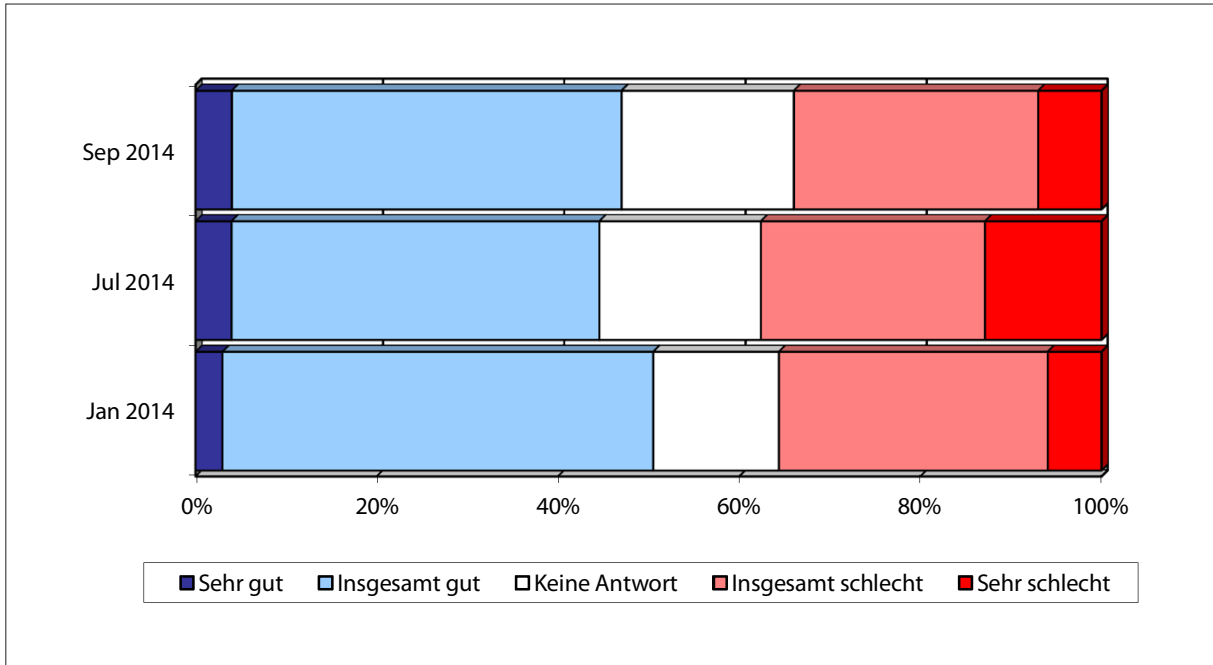
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. September 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Oktober 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/03-10-2014/mezhdunarodnye-otnosheniya-ssha-es-ukraina-belarus-i-gruziya>>

Grafik 7: Wie stehen Sie zur Europäischen Union?



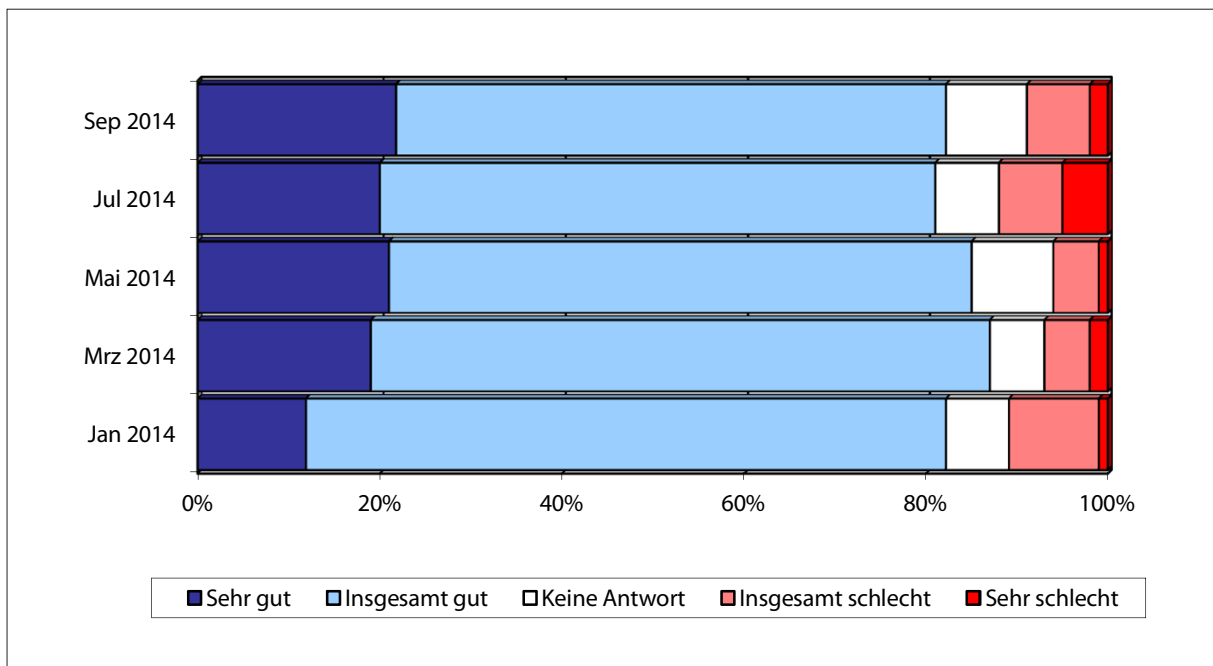
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. September 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Oktober 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/03-10-2014/mezhdunarodnye-otnosheniya-ssha-es-ukraina-belarus-i-gruziya>>

Grafik 8: Wie stehen Sie zu Georgien?



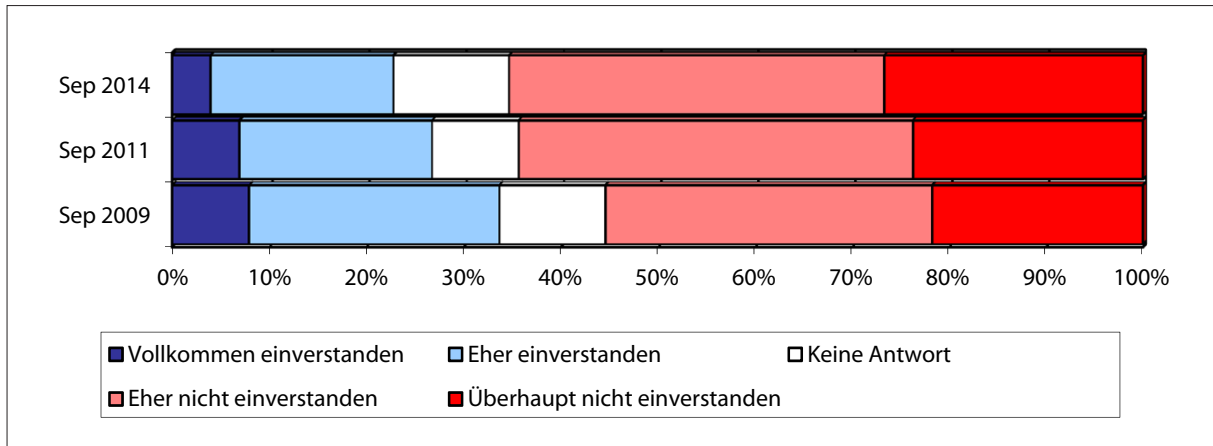
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. September 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Oktober 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/03-10-2014/mezhdunarodnye-otnosheniya-ssha-es-ukraina-belarus-i-gruziya>>

Grafik 9: Wie stehen Sie zu Belarus?



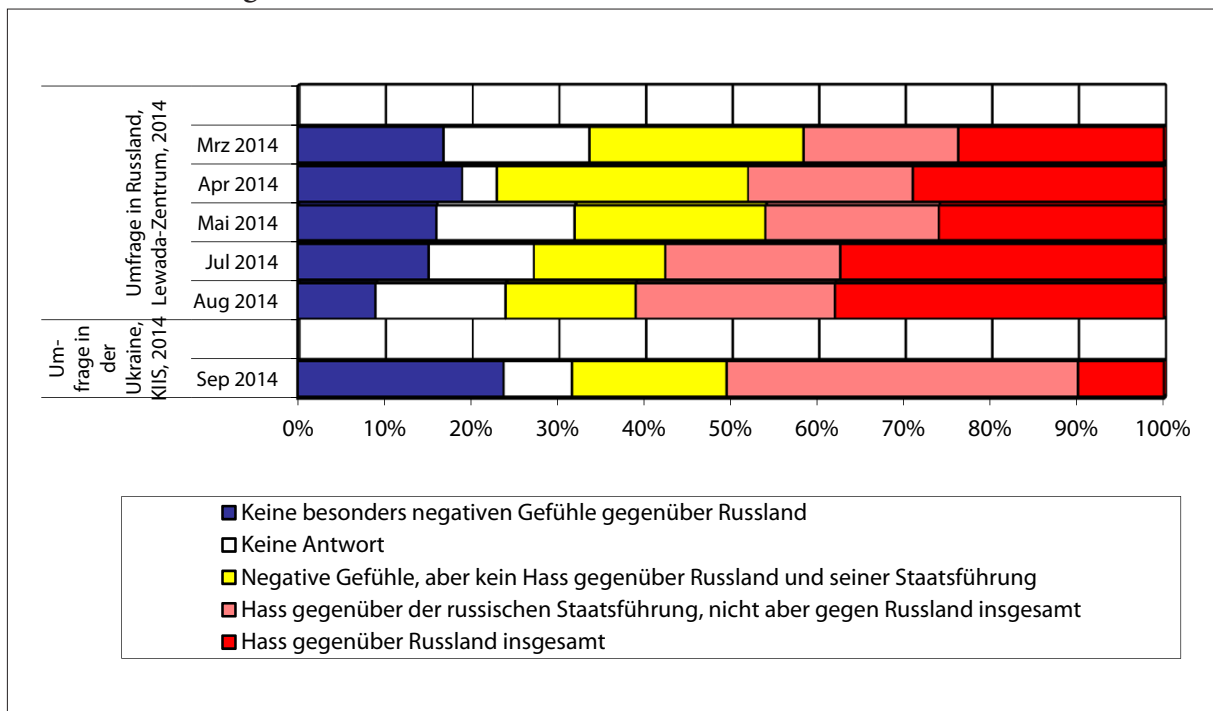
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. September 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Oktober 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/03-10-2014/mezhdunarodnye-otnosheniya-ssha-es-ukraina-belarus-i-gruziya>>

Grafik 10: Soll Russland mit allen Mittel, wenn nötig mit Gewalt, die ehemaligen Republiken der UdSSR unter seiner Kontrolle halten?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. September 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Oktober 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/03-10-2014/mezhdunarodnye-otnosheniya-ssha-es-ukraina-belarus-i-gruziya>>

Grafik 11: Was meinen Sie, welche Gefühle löst der Beitritt der Krim gegenüber Russland aus? (Umfrage in Russland und der Ukraine)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. September 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Oktober 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/03-10-2014/rossiisko-ukrainskie-otnosheniya-v-zerkale-ukrainskogo-krizisa>>

Das Ende des »Systems«?

Seit dem 16. September 2014 steht einer der reichsten Russen, Wladimir Jewtuschenkow, unter Hausarrest. Der Besitzer des Konzerns »AFK Sistema« war nach Ansicht des Strafermittlungskomitees Russlands (SKR) an Geldwäsche beteiligt. Der einflussreiche Unternehmerverband RSPP verurteilte das harte Vorgehen der Ermittler gegen den Milliardär und bat Präsidenten Putin, den Hausarrest aufzuheben. Die Bitte der Wirtschaftseliten stieß auf taube Ohren. Die Entschlossenheit, mit der die Justiz den Oligarchen verfolgt und gegen sein Unternehmen vorgeht, lässt vermuten, dass dies mit Zustimmung des Kreml geschieht. Kritiker unterstellen denn auch politische Motive.

»Ausschluss aus dem System«

Die Geschichte der Privatisierung von Baschneft reicht bis Anfang der 1990er Jahre zurück, als der Präsident von Baschkirien Murtasa Rachimow eine Anordnung von Jelzin zur Privatisierung im Erdölsektor ablehnte, bei der Eigentumsrechte von der Region an die Föderation zu übergeben waren. Das Unternehmen blieb weitere zehn Jahre im Besitz der Republik Baschkirien. Im Jahr 2002 wurde Baschneft privatisiert und in einem dubiosen Verfahren vom Sohn des baschkirischen Präsidenten, Ural Rachimow, übernommen. Moskau versuchte mehrmals erfolglos mit Hilfe von Rechnungshof, Staatsanwaltschaft und Ermittlungsbehörden das Privatisierungsverfahren von Baschneft anzufechten. Doch alle Ermittlungen wurden schließlich wegen Verjährung eingestellt. Vor der Übernahme der Aktiva durch Wladimir Jewtuschenkow schien das Unternehmen 2009, u. a. nach Gutachten von internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, sauber zu sein. Erst fünf Jahre später soll das SKR neue Delikte bei der Privatisierung von Baschneft festgestellt haben und wirft nun Ural Rachimow rechtswidrige Aneignung von Aktien des Ölunternehmens und Wladimir Jewtuschenkow die Mitwirkung bei der Legalisierung der Aktiva vor. Der Wirtschaftsexperte Alexander Poljanskij verurteilt das Gerichtsverfahren gegen Jewtuschenkow und warnt vor einer neuerlichen Revision der Privatisierung in Russland: »Verwechseln die Ermittler etwa politische Bewertungen mit juristischen? Nachdem ihm [dem Strafermittlungskomitee] Bedingungen der ziemlich aufsehenerregenden Übernahme plötzlich eingefallen sind, die fünf Jahre zurückliegt, tritt es [das Strafermittlungskomitee] da nicht selbst als Instrument zur Umverteilung des Marktes auf? Wie viele alte Geschäfte wird es zukünftig noch in Zweifel ziehen?«.

Alexander Poljanskij im Blog bei Echo Moskwy, 27.09.2014 <<http://echo.msk.ru/blog/alexpolyansky/1407786-echo/>>

»Aus Willkür? Oder verdienftermaßen?«

Kritiker werfen den Silowiki vor, dass sie hinter der Verfolgung von Jewtuschenkow zur Zerschlagung und weiteren Übernahme von Baschneft stehen. Der Ökonom Sergej Aleksaschenko zieht dabei Parallelen zum Fall Yukos und der Inhaftierung von Michail Chodorkowskij 2003 und weist auf die Skurrilität der Anschuldigungen gegen den Oligarchen hin: »Was Jewtuschenkow betrifft, oder genauer: »Sistema«, die ja die Aktien eigentlich gekauft hat, so ist allen klar, dass sie [Sistema] an Rachimov Junior (oder seinen Firmen) für diese Aktiva Geld gezahlt hat. Der Deal war also für Jewtuschenkows Firma nicht kostenlos. Auf jeden Fall müsste, wenn es um eine Kompensation an den Staat geht, für den Schaden der entstanden ist (der Erklärung des derzeitigen Präsidenten zufolge gibt es die einen solchen Schaden), dann müsste die Summe bei Rachimov Junior eingetrieben werden. [...] Das heißt (falls nachgewiesen werden sollte, dass Rachimov Junior unentgeltlich (also umsonst) die Aktien von Baschneft zum Eigentum erhalten hat): Da die Baschneft-Aktien bereits fünf Jahre nicht im Besitz von Rachimov Junior, muss dieser das Geld zurückgeben. Er. Nicht Jewtuschenkow, der (genauer: »Sistema«, wo er das Kontrollpaket hat) anders als Golodowskij diese Aktiva gekauft hat. Für eine Summe, die bekannt ist. Und bei Personen, die bekannt sind. Genau deshalb ähnelt der Arrest von Jewtuschenkow der Verhaftung von Chodorkowskij. Im einen wie im anderen Fall haben die Autoren dieser Geschichte Interesse an den Aktien des Erdölunternehmens. Und keinesfalls an Gerechtigkeit und juristischer Sauberkeit«.

Sergej Aleksaschenko im Blog bei <livejournal.com>, 17.09.2014 <<http://saleksashenko.livejournal.com/233601.html>>

»Bruch des »Sistema«

Der Fall Jewtuschenkow ist von unzähligen Entwicklungsszenarien und Gerüchten umringt, bei denen sich immer dieselbe Frage stellt: Wer könnte an der Übernahme von Baschneft ein Interesse haben? Die meisten Experten weisen vor allem auf Igor Setschin, den Chef von Rosneft, und werfen ihm vor, das Untersuchungsverfahren gegen Jewtuschenkow initiiert zu haben. Der Politologe Georgij Bowt spricht aber auch von anderen Akteuren und Voraussetzungen, die zum Hausarrest des Oligarchen geführt haben könnten:

»Um den Fall herum gibt es eine Reihe von Versionen. Der Arrest erfolgte kurz vor der zweiten Zeichnung von Baschneft-Aktien, was für das Unternehmen eine Art Verteidigung vor räuberischer Übernahme hätte sein können, doch hierzu entwickelten die anderen verehrten Herren ihre eigenen Ansichten. Die Absicht zu einer solchen Übernahme bestätigen alle Akteure dieses Marktsektors, mit Ausnahme des Pressesprechers jener Struktur, auf die mit dem Finger gezeigt wird.

Und sollte etwa Wladimir Petrowitsch [Jewtuschenkow], der als nahezu gehorsamster der Oligarchen bekannt war, es missachtet haben, wenn man ihm ganz klar, in aller »Freundschaft« von oben gesteckt hätte: Lassen Sie es, das passt jetzt ganz schlecht, Sie verstehen schon... Er hätte es verstanden. Er hat sich ja auch bis zu einem gewissen Zeitpunkt abgesichert gefühlt. Denn wie Ex-Finanzminister Alexej Kudrin richtig bemerkte, ist die Übernahme von Baschneft seinerzeit auf allen Ebenen gutgeheißen worden. Die allerhöchste, so ist anzunehmen, eingeschlossen. Anders hätte es nach dem Fall Yukos auch nicht sein können, auch wenn 2009 Medwedew Präsident war.

Wenn das stimmt, wäre es der mysteriöseste Teil des versteckten Dramas [...].

Ich neige eher zu der folgenden Version: Der Fall, wenn er nicht soweit Kreise dreht, dass er nicht mehr abzubrem- sen wäre, endet bestenfalls nicht einmal mit der Beschlagnahmung von »Baschneft« als Ganzem, sondern mit der Über- gabe der Lizenz für das Trebs-Titow-Vorkommen im Autonomen Bezirk der Nenzen.

Im Frühjahr hatte Baschneft in einem schwierigen Gerichtsverfahren diese Lizenz verteidigt. Baschneft-Polus, das Jointventure von Baschneft und Lukoil (Lukoil hat Sperrminorität), soll die Ausbeutung des Vorkommens überneh- men. Nun aber, angesichts der bekanntgewordenen fürchterlichen Umstände von Geldwäsche, die fünf oder sogar neun Jahre zurückliegt, könnte die Lizenz »sauberere Hände« übergeben werden. Stimmt diese Version, könnte im arteninternen Kampf der russischen Ölwelt Wagit Alekperows »Lukoil« als nächstes an der Reihe sein. [...]

Fälle wie der Jewtuschenkow zeigen, dass es wegen der stagnierenden Konjunktur und natürlich der verschärf- ten Konkurrenz um die knapper werden Finanzflüsse einen Kampf innerhalb der herrschenden Nomenklatura gibt.«
Georgij Bown bei gazeta.ru, 22. 09. 2014, <<http://www.gazeta.ru/comments/column/bovt/6229945.shtml>>

»An die Unternehmer, und überhaupt«

Von einem Wechsel der Spielregeln zwischen dem Kreml und den Wirtschaftseliten spricht der Politiker Boris Nemzow in seinem Aufruf zur oppositionellen Friedensdemonstration. Nemzow zufolge können sich nun auch äußerst loyale Oligarchen in Russland kaum noch sicher fühlen: »Unternehmer haben üblicherweise viele Neider – sie sind reich, erfolgreich, können sich vieles leisten. In Russland ist es aber nicht so. Ich zum Beispiel habe Mitleid mit Unterneh- mern. Statt Freiheit und Unabhängigkeit [zu genießen], werden sie Sklaven ihres Kapitals und Eigentums, Geiseln ihrer Beziehungen zum Regime. Wie sie sich auch verhalten, loyal wie Jewtuschenkow oder nicht loyal wie Chodorkowskij, das Regime inhaftiert sie und plündert sie aus. [...] Dass Loyalität keine Sicherheit mehr garantiert, ist nun für alle offensichtlich. Genau deswegen denken viele von ihnen immer öfter an Auswanderung und wollen nicht kämpfen.«
Boris Nemzow im Blog bei Echo Moskwy, 19. September 2014, <http://echo.msk.ru/blog/nemtsov_boris/1402594-echo/>

*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

NOTIZEN AUS MOSKAU

Russland und China – eine besondere Freundschaft

Jens Siegert, Moskau

In den Notizen vor zwei Wochen habe ich, bei der Diskussion über die mauern wirtschaftlichen Aus- sichten Russlands, eine zumindest an jener Stelle nicht belegte Behauptung aufgestellt: »Die demonstrativ nach der Krim-Annexion und den ersten westlichen, noch

eher symbolischen Sanktionen vorgenommene Wen- dung »nach Osten«, symbolisiert vor allem durch den Abschluss des Gasvertrags mit China, kommt nicht in Gang.« Heute will ich das nachholend mit ein paar The- sen unterfüttern.

Unmittelbar nach der Annexion der Krim im März schlossen Russland und China einen Gasliefervertrag ab, über den seit mehr als zehn Jahren verhandelt worden war, ohne zu einem Abschluss zu kommen. Dazu soll eine neue Pipeline von Zentralsibirien über das Altai-Gebirge nach China gebaut werden. Russische Meldungen sprachen im Frühjahr triumphierend davon, der vereinbarte Preis pro 1.000 Kubikmeter Gas sei vergleichbar mit dem, den europäische Abnehmer russischen Gases zahlten (und die zahlen, mit Ausnahme Japans, die höchsten Preise weltweit). Außerdem leiste China eine Anzahlung in Milliardenhöhe, mit der der Bau der Pipeline zumindest teilweise finanziert werden könne.

Tatsächlich erstaunen die öffentlich bekannt gewordenen Vertragsbedingungen auf den ersten Blick. Zehn Jahre lang war der Deal gerade an den doch sehr unterschiedlichen Preisvorstellungen gescheitert und nun hatte China einem bisher als zu hoch abgelehnten Preis zugestimmt, obwohl es Russland war, das wegen der Konfrontation mit den USA und der EU dringend diesen wirtschaftlich, vor allem aber symbolisch sehr wichtigen Vertrag brauchte. Aber die Beziehungen zwischen Russland und China sind vielfältiger und viel komplizierter als es die in Moskau laut verkündete Wendung nach Osten (oder besser: das Abwenden vom Westen) erscheinen lassen mag.

Aus chinesischer Sicht mögen folgende Gründe eine Rolle gespielt haben, die schwache russische Position jetzt nicht für einen kurzfristigen Gewinn auszunutzen:

1. So schlecht ist der Preis nicht. Zwar ist er, wie schon geschrieben, höher als die Chinesen bisher zu zahlen bereit waren. Dafür wurde er, soweit bekannt, für einen langen Zeitraum festgelegt. Auf Ganze gerechnet lässt sich damit wohl durchaus leben.
2. Die massiven Umweltprobleme vor allem in Nordostchina führen schon seit einiger Zeit zu einer Umorientierung der chinesischen Energiepolitik. Das russische Gas wird wohl vor allem eingesetzt werden, um die dreckige heimische Kohle zu ersetzen. Es ist bei weitem nicht die einzige Gasquelle, aber ein wichtiger Teil einer etwas weniger auf Umweltvernutzung setzenden Gesamtstrategie (der kräftige Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energiequellen ist ein anderer).
3. Zwar haben sich chinesische Spitzenpolitiker und Medien in der Bewertung der Krim-Annexion zurück gehalten, aber sie haben sie, trotz eigener ähnlich gelagerter Probleme – ethnische Konflikte in Tibet und Xinjiang, Autonomiefragen in Hongkong und Alleinvertretungsansprüche gegenüber Taiwan – auch nicht kritisiert. Ein Grund dürfte in den eigenen Ambitionen im Pazifik liegen (die, je

nach Sichtweise, mal imperialistisch, mal expansionistisch genannt werden). Ein anderer aber dürfte das Interesse sein, »Russland im Spiel« zu halten. Es kommt China sicher zu Pass, dass durch den Konflikt um die Ukraine sowohl westliche Aufmerksamkeit und Ressourcen (vor allem natürlich der USA) als auch russische Aufmerksamkeit und Ressourcen gebunden werden. Umso weniger Kraft bleibt bei allen Beteiligten, sich um China zu kümmern (wobei den Machthabern in Peking sicher auch klar ist, dass mittelfristig Russland das Spiel nicht gewinnen kann, aber das ist wohl heute zunächst egal).

4. Zudem liegt ein instabiles Russland (auch) nicht im chinesischen Interesse. Soweit hat es Putin nämlich inzwischen gebracht, dass eine zu schnelle und zu offene Niederlage im Ukraine-Konflikt nicht nur seine Herrschaft, sondern auch die Stabilität Russlands insgesamt ernsthaft gefährden würde.

Trotzdem hat der Gasdeal, oder besser: die gesamte »Wendung nach Osten«, mit China einen klaren Gewinner. Es besteht, wie Pawel Bajew vom Peace Research Institute Oslo schreibt (<<http://www.ponarseurasia.org/memo/upgrading-russia's-quasi-strategic-pseudo-partnership-china>>), zwischen China und Russland keine Beziehung »auf Augenhöhe« mehr, also etwas, worauf die russische Führung (und die öffentliche Meinung im Land) vor allem in Bezug auf den Westen aber auch sonst immer besonderen Wert legen. Das zeigen auch die unterschiedlichen Diskussionen über den Gasdeal in beiden Ländern. Während in Russland die geopolitischen Fragen im Vordergrund stehen, dreht sich die Diskussion in China fast ausschließlich um die wirtschaftlichen Aspekte.

Der Vertrauensverlust, zu dem die russische Politik inzwischen in Europa geführt hat, dürfte auch in Bezug auf China eine Rolle spielen. Das mag ein wenig mit dem rauen und wenig auf Regeln achtenden Auftreten der russischen Außenpolitik in den vergangenen Jahren zu tun haben, mehr aber noch mit einer Art Systemkonkurrenz zwischen autoritären Regimen. In China gibt es eine durch die kommunistische Partei institutionell abgesicherte kollektive Führung mit klar ausgeprägten Nachfolgeregeln, die, wie sich in der Vergangenheit gezeigt hat, auch ohne wesentliche Reibungsverluste funktionieren. Das ist ein wichtiger Grund für die Stabilität des chinesischen Staates. In Russland dagegen hängt heute alles an einem Alleinherrscher ohne Rettungsschirm, einem Präsidenten, der, wenn er das wollte, noch nicht einmal zurücktreten könnte ohne die Gefahr, dass das Land im Chaos versinkt. Ja mehr noch, ein Präsident, der genau diesen Zustand systematisch aus Gründen der Machtsicherung herbeigeführt hat. Diese beiden autoritären Welten stehen sich, trotz der

ihnen gemeinsamen Systemkonkurrenz mit dem liberal-demokratischen Westen reichlich fremd gegenüber.

Zusätzlich kommen noch unterschiedliche Interessen im Fernen Osten und Ostasien und, neuerdings, in der Arktis hinzu. China schürt seit einiger Zeit im Westpazifik eine ganze Reihe von begrenzten Konflikten um kleinere Inselgruppen (so mit Japan, Vietnam und den Philippinen). Russland verfolgt in manchen dieser Konflikte eigene Ziele (Japan und die Kurilen) oder pflegt etwa mit Vietnam enge politische und wirtschaftliche Beziehungen.

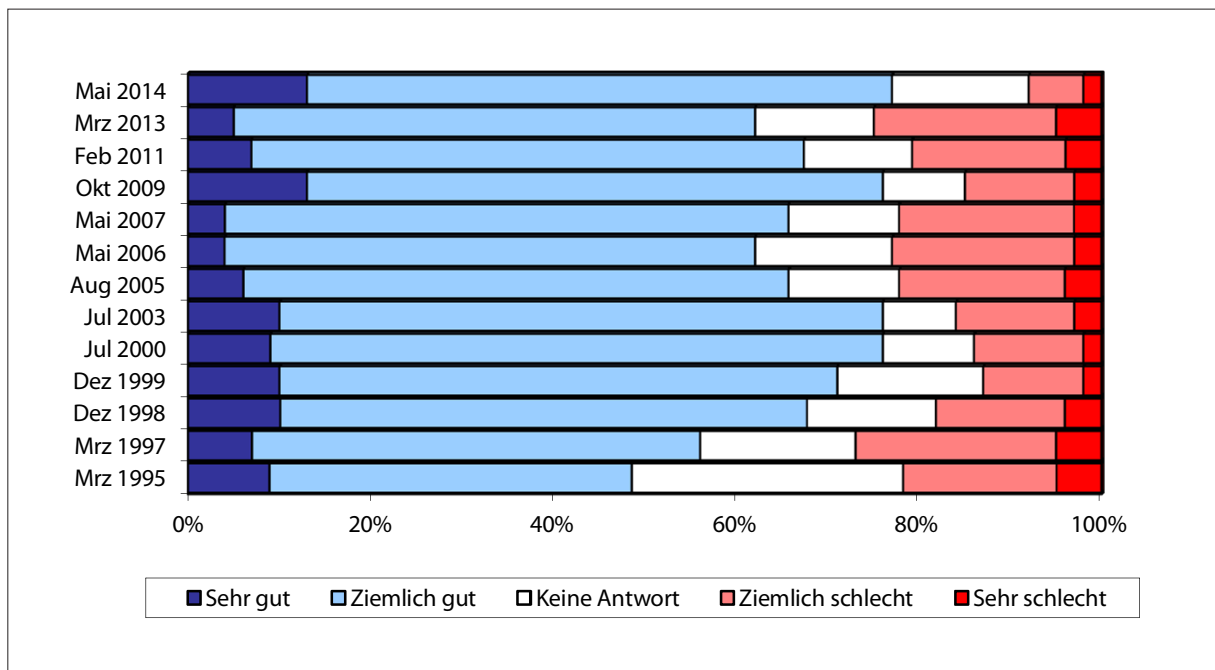
Die größte Sprengkraft dürften langfristig aber die Forderungen Chinas sein, die Arktis zu »internationalen Gewässern« zu erklären und damit die Rohstoffausbeutung dort prinzipiell jedem Land der Welt zugänglich zu machen. Russland beharrt, auch in der Auseinandersetzung mit den anderen Arktisanrainerstaaten (zu denen China nicht gehört), darauf, dass etwa die Hälfte der Arktis zum russischen Festlandschelf zu rechnen sei und damit Russland das ausschließliche Recht zur Ausbeutung der dort vermuteten enormen Vorkommen an Öl, Gas und anderen Rohstoffen zukommt. Diese Vorkommen sind wichtiger Teil des russischen Wunsches,

auch künftig eine der größeren Mächte dieses Planeten zu bleiben.

Ganz zum Schluss bleibt noch der Hinweis, dass eine tiefe russische Angst gegenwärtig nur von der (propagandistisch unterfütterten) Euphorie des »Krim ist unser!« verdeckt wird: Die Angst, dass die vielen hundert Millionen Chinesen irgendwann in gar nicht allzu ferner Zukunft und egal ob nun offen oder (was für wahrscheinlicher gehalten wird) einfach aufgrund eines großen, so genannten »Bevölkerungsdrucks« das »russische« Sibirien übernehmen könnten. Wie Pawel Bajew schreibt, glaubt sich die russische politische Elite angesichts der Konfrontation mit dem Westen gegenwärtig »gezwungen, so zu tun als ob die Unterstützung durch China ein Zeichen gemeinsamer Interessen« sei. In Wirklichkeit glaubt das natürlich kaum jemand. Im Gegenteil sind viele davon überzeugt, dass China bei erster Gelegenheit, zum Beispiel wenn der Putinsche Staat in sich zusammen kracht, die Schwäche Russlands ausnutzen wird. Schöne Aussichten.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

Grafik 12: Wie stehen Sie heute zu China?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Mai 2014 <<http://www.levada.ru/print/05-06-2014/otnoshenie-rossiyan-k-drugim-stranam>, 8. Juni 2014>

25. September – 9. Oktober 2014

25.09.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew teilt dem Aufsichtsrat der staatlichen »Außenwirtschaftsbank« (VEB) mit, dass die Bank, die von Sanktionen der USA, der EU und Japan betroffen ist, mit 240 Mrd. Rubel (ca. 4,8 Mrd. €) aus dem föderalen Haushalt, Mitteln des Finanzministeriums und der Zentralbank unterstützt wird.
25.09.2014	Aktivisten von »Anderes Russland« versprühen bei einem Auftritt von Andrej Makarewitsch, (»Maschina Wremeni«) Pfefferspray. Das Konzert wird abgebrochen. Gegen Makarewitsch wird eine Kampagne geführt, seit er in der Ukraine vor Flüchtlingen aufgetreten ist.
25.09.2014	Der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, bezeichnet eine Liste in der Ukraine getöteter russischer Soldaten, die im Internet verbreitet wird, als Fälschung. Jelena Wassiljewna, auf deren Blog die Liste erstmals erschienen ist, unterstellt er, sie hätte sich an den ukrainischen Geheimdienst verkauft.
25.09.2014	Rebecca Harms, der Ko-Vorsitzenden der Grünen-Fraktion im Europaparlament, wird die Einreise nach Russland verweigert. Wladimir Tschishow, ständiger Vertreter Russlands bei der EU, bestätigt, dass Harms auf einer Liste von Personen stehe, deren Einreise unerwünscht ist. Harms wollte in Moskau den Prozess gegen die ukrainische Pilotin Nadeshda Sawtschenko beobachten.
26.09.2014	Das russische Justizministerium erklärt, die Registrierung der »Partei des Fortschritts« des Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj sei nicht möglich. Mehr als die Hälfte der regionalen Gliederungen der Partei seien nicht fristgerecht angemeldet worden.
26.09.2014	Die russische Staatsduma ratifiziert den Vertrag zur Eurasischen Wirtschaftsunion. Zudem wird ein Gesetz verabschiedet, dass den Anteil ausländischen Kapitals bei russischer Medien auf 20 % begrenzt; das Gesetz soll am 1.1.2016 in Kraft treten.
27.09.2014	Die Vereinigung »Mütter Russlands« und Anhänger der »Volksrepubliken« Lugansk und Donezk organisieren im Moskauer Siegespark am Denkmal »Tragödie der Völker«, das an den Holocaust erinnert, eine »Traueraktion für die im Donbass Getöteten«.
29.09.2014	Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter der Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres in Moskau. Präsident Wladimir Putin empfängt Ilham Alijew (Aserbaidschan), Hasan Rouhani (Iran), Nursultan Nasarbajew (Kasachstan) und Gurbanguly Berdimuchamedow (Turkmenistan). Im Zentrum der Diskussion stehen der rechtliche Status des Kaspischen Meeres und Sicherheitsfragen in der Region. Die Staatsoberhäupter verständigen sich auf Rüstungsbegrenzungen. Meinungsverschiedenheiten über die Aufteilung des Meeresbodens, die Verlegung von Rohrleitungen oder die Nutzung der Bodenschätze bleiben bestehen. Präsident Putin kommt im Anschluss zu bilateralen Gesprächen mit den Präsidenten Aserbaidschans, Turkmenistans und des Iran zusammen.
29.09.2014	Das russische Strafermittlungskomitee eröffnet ein Untersuchungsverfahren »wegen des Genozids an der russischsprachigen Bevölkerung im Südosten der Ukraine und im Donbass«.
30.09.2014	Sergej Solodownikow, Leiter der Innenbehörden im Gebiet Kirow, teilt mit, dass 395 Personen eine bisher unbekannte Droge eingenommen haben. In Surgut (Autonomer Bezirk der Chanten und Mansen) sind bisher sieben Personen an einem synthetischen Präparat gestorben, 180 Personen leiden an Vergiftungserscheinungen.
30.09.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt den bekannten Antifaschisten Alexej Sutuga wegen eines Angriffs auf mehrere Nationalisten im Februar 2014 zu drei Jahren und einem Monat Haft.
30.09.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt in Atyrau (Kasachstan) am 11. Forum der interregionalen Zusammenarbeit zwischen Russland und Kasachstan unter dem Motto »Innovation im Kohlenwasserstoffsektor« teil. Am Rande kommt es zu einem Gespräch zwischen Putin und dem kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew über die Integrationsbemühungen zur Eurasischen Wirtschaftsunion.
01.10.2014	Valentina Matwijenko wird als Vorsitzende des russischen Föderationsrates wiedergewählt. Präsident Wladimir Putin gratuliert ihr zur Wiederwahl.

01.10.2014	Das Moskauer Stadtgericht verlängert die Untersuchungshaft des ehemaligen Bürgermeisters von Jaroslawl, Jewgenij Uralchow, bis zum 3. Januar 2015. Uralchow ist wegen Bestechung angeklagt. Das Gericht lehnt eine Freilassung auf Kautions ab.
01.10.2014	Präsident Wladimir Putin beruft eine Sitzung des nationalen Sicherheitsrates zum Thema Informationssicherheit ein. Themen sind der Schutz und die Stabilität der russischen Informationsnetze und Informationsressourcen, insbesondere der staatlichen Infrastruktur. Er erklärt, der Zugang zum Internet werde in Russland nicht eingeschränkt.
01.10.2014	Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel besprechen in einem Telefonat die Situation in der Ostukraine und eine mögliche Zusammenarbeit im Kampf gegen den »Islamischen Staat«.
02.10.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Anweisung zur erleichterten Verleihung der russischen Staatsbürgerschaft an ausländische Unternehmer und Investoren. Die Maßnahme solle ausländische Investitionen nach Russland begünstigen.
02.10.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt am VI. Investitionsforum »Russland ruft!« der Staatsbank VTB Kapital teil. Putin erklärt u. a., es werde keine massenhafte Korrektur der Privatisierung der 1990er Jahre geben. In die Situation um »Baschneft«, gegen dessen Mehrheitsaktionär Wladimir Jewtuschenkow ein Strafverfahren eingeleitet wurde, werde er nicht eingreifen. Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew bezeichnet am Rande des Forums die aktuelle Wirtschaftssituation in Russland mit einer Inflation von 8,1 % und einem Wirtschaftswachstum von 0,8 % als »finster und explosiv«. German Gref, der Vorstandsvorsitzende der Sberbank, nutzt seinen Auftritt, um die aktuelle Wirtschaftspolitik grundlegend zu kritisieren. Das Video seiner Rede < https://www.youtube.com/watch?v=jMMzu5fSx6A > wird ein Internethit.
02.10.2014	Bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte im Rayon Unzukul (Dagestan) werden sieben Untergrundkämpfer getötet, ein Soldat der Sondereinheiten wird verletzt.
03.10.2014	Präsident Putin teilt bei einer Kabinettsitzung mit, dass er das Gesetz zur Ratifizierung des Vertrags über die Eurasische Wirtschaftsunion unterzeichnet hat. Im Zentrum der Sitzung stehen Fragen des Ersatzes für Importe in den Bereichen Industrie und Landwirtschaft.
03.10.2014	Der Föderale Antimonopoldienst erhebt Anklage gegen den staatlichen Ölkonzern »Rosneft«. Dieser habe entgegen einer Auflage die Tankstellen von »TNK-BP« nach dessen Übernahme bisher noch nicht verkauft.
04.10.2014	Generalleutnant Alexander Golowko, Kommandeur der Streitkräfte der Luftraumabwehr, gibt bekannt, dass ab 2016 bei Sewastopol auf der Krim ein Frühwarnsystem für Raketenangriffe eingerichtet wird.
05.10.2014	Bei einer Anti-Terror Operation der Sicherheitskräfte im Rayon Baksan (Kabardino-Balkarien) werden zwei Untergrundkämpfer getötet.
05.10.2014	Der große Theaterregisseur, Schauspieler und Lehrer Jurij Ljubimow (geb. 1917) stirbt im Alter von 98 Jahren in Moskau. Ljubimow gründete das Theater an der Taganka und reformierte das sowjetische Theater. Nach öffentlicher Kritik an der sowjetischen Kulturpolitik wurde ihm 1984 die Staatsbürgerschaft aberkannt. 1988 durfte er zurückkehren und setzte seine Arbeit bis kurz vor seinem Tode fort.
05.10.2014	Ein Selbstmordattentäter tötet am Rande einer Konzertveranstaltung zum Tag der Stadt in Grosnyj (Tschetschenien) fünf Polizisten, 12 Weitere werden verletzt.
06.10.2014	Bei einem Sondereinsatz der Sicherheitskräfte im Rayon Kysyljurt (Dagestan) werden zwei Polizisten und ein mutmaßlicher Untergrundkämpfer getötet.
06.10.2014	Wladimir Aschurkow, Unternehmer und Unterstützer des Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj, beantragt politisches Asyl in Großbritannien. Die russische Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Aschurkow wegen angeblicher Veruntreuung von Wahlkampfspenden für Nawalnyj.
06.10.2014	Sitzung des Sicherheitsrates. Erörtert werden die Situation in der Ostukraine und der Kampf gegen den »Islamischen Staat«.

07.10.2014	Nach Auskunft seines Pressesprechers Dmitrij Peskow verbringt Präsident Wladimir Putin seinen 62. Geburtstag in der sibirischen Tajga, »300–400 km von der nächsten Siedlung entfernt«.
08.10.2014	Im Rayon Schamil (Dagestan) werden drei Untergrundkämpfer bei dem Angriff auf einen Polizeiposten getötet.
08.10.2014	Ein Konzert von Andrej Makarewitsch, Mitglied der Rock-Gruppe »Maschina Wremeni« (Zeitmaschine), das für den 8.11. in Woronesch angekündigt war, wird vom Veranstalter wegen fehlender Nachfrage abgesagt. Makarewitsch gilt nach einem Konzert in der Ukraine in der »patriotischen Öffentlichkeit« als »Freund der Junta«.
08.10.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet den Gesetzesentwurf »Über Haushaltskompensationen für die Sanktionen des Westens« (das sogenannte »Rotenberg-Gesetz«) in erster Lesung. Das Gesetz sieht vor, Eigentum und Vermögen von Personen und Unternehmen zu kompensieren, die unter westliche Sanktionen fallen oder durch ausländische Gerichtsentscheide Nachteile erleiden. Wirtschaftsminister Alexander Uljukajew bezeichnet den Gesetzesentwurf als kontraproduktiv.
09.10.2014	Sergej Aksjonow wird vom Regionalparlament einstimmig zum Oberhaupt der Republik Krim gewählt. Präsident Putin hatte dem Parlament zuvor drei Kandidaten für das Amt vorgeschlagen. In der Republik Kabardino-Balkarien wählt das regionale Parlament Jurij Kokow zum neuen Republiksoberhaupt.
09.10.2014	Ein Vertreter der russischen Generalstaatsanwaltschaft erklärt in einer Sitzung des Arbitrage-Gerichtes zur Privatisierung des Ölkonzerns »Baschneft«, dass der Staat diese im Jahre 2009 nicht genehmigt hätte. Die Staatsanwaltschaft und die Behörde für staatliches Eigentum fordern vor dem Schiedsgericht die Konfiszierung der »Baschneft«-Aktien von der Firma »Sistema« zu Gunsten des Staates.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfried Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter

<https://twitter.com/laenderanalysen>